

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

### Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)  
Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

### Insertionsgebühr

beträgt für die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.  
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

### Alter Kurs? Neuer Kurs?

Wir haben die Gesetzes-Entwürfe gelesen, die dem preussischen Landtage vorgelegt worden sind, wir haben die Rede des preussischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzlers über diese Gesetzes-Entwürfe gelesen, und wir wissen nicht, welche Antwort auf die obige Frage wir geben sollen. In dem Steuergezet-Entwurf sind Gedanken enthalten, denen wir unsere vollste Zustimmung ertheilen müssen. Keine Mehrbelastung, und gerechtere Verteilung der Steuerlast! Das ist ein schönes Ziel, obgleich es noch ein weit schöneres Ziel wäre, eine Minderbelastung und eine gerechtere, statt eine gerechtere Verteilung der Steuerlast anzustreben. In dem Steuergezet-Entwurf sind Gedanken enthalten, denen wir unsere vollste Zustimmung ertheilen müssen. Keine Mehrbelastung, und gerechtere Verteilung der Steuerlast! Das ist ein schönes Ziel, obgleich es noch ein weit schöneres Ziel wäre, eine Minderbelastung und eine gerechtere, statt eine gerechtere Verteilung der Steuerlast anzustreben. In dem Steuergezet-Entwurf sind Gedanken enthalten, denen wir unsere vollste Zustimmung ertheilen müssen. Keine Mehrbelastung, und gerechtere Verteilung der Steuerlast! Das ist ein schönes Ziel, obgleich es noch ein weit schöneres Ziel wäre, eine Minderbelastung und eine gerechtere, statt eine gerechtere Verteilung der Steuerlast anzustreben.

Das Grundprinzip des Schulgezet-Entwurfs hat ebenfalls unsere Billigung. Schulgeld bei Schulzwang ist eine monströse Ungerechtigkeit. Der Unterricht soll unentgeltlich, der Weg zum Wissen einem Jeden geöffnet sein. Es ließe sich da wohl mancherlei sagen — daß es Unterricht und Unterricht, Wissen und Wissen giebt, — daß Alles auf die Qualität des Unterrichts und Wissens ankommt, — daß der Schulunterricht bei gleißender Scheinwissenhaftigkeit ein verdummender, der Geist- und Charakterentwicklung schädlicher sein kann, — indeß hierbei wollen wir jetzt nicht verweilen, und wir geben unumwunden zu: auch in diesem Gesetz sehen wir so etwas wie neuen Kurs. Die Bismarck-Puttkamer und Kompagnie hätten, mit ihrem junkerlichen Haß gegen die Volksbildung, einen solchen Gesetzentwurf nicht vorgelegt.

Und auch die übrigen Gesetzentwürfe der Regierung, die Landgemeinde-Ordnung und die Erbschaftsteuer betreffend, haben entschieden Manches, was auf einen neuen Kurs schließen läßt.

Also neuer Kurs?  
Ja, aber was der preussische Ministerpräsident und deutsche Reichskanzler am Schluß seiner Programmrede gesagt hat, macht es unmöglich, die Frage zu bejahen. Herr von Caprivi sagte — und wir theilen den bezüglichen Theil der Rede nochmals und zwar dem vollständigen Wortlaute nach mit —:

„Wenn das die Grundzüge dieser Gesetzgebung sind, so bin ich der Meinung, daß in einer Zeit, in der die soziale Frage eine so hervorragende Stellung einnimmt, in der wir vor so schwierigen Aufgaben nach der sozialen Richtung hin stehen, alle Schritte der Regierung und der gesetzgebenden Körper auch nach der Richtung hin geprüft werden müssen, welche Wirkung sie in Bezug auf die soziale Frage haben. Es konnte nicht die Aufgabe der Staatsregierung sein, diese Gesetze etwa zuzuschneiden, als ein Glied in der Kette der reformatorischen Maßregeln, die an anderen Stellen durchgeführt werden, aber immerhin mußte man sich die Frage vorlegen: wie werden denn diese Gesetze nach der Richtung hin wirken? Werden sie in dem Kampfe, der von den staatsbedrohenden Elementen unangefochten gegen das Dasein des Staates und der Kultur inszenirt zu werden scheint, — werden da diese Gesetze im Stande sein, den Staat zu stärken, zu kräftigen? Das wird der Fall sein. Zunächst wird der Staat eine direkte Stärkung dadurch erfahren, daß die Finanzen des Staates auf eine festere, gesicherte Grundlage gestellt werden, dadurch, daß Rechtsunsicherheiten, wie sie in Bezug auf das Gemeindeleben und die Volksschule thatsächlich in nicht unerheblichem Umfange vorgelegen haben, beseitigt werden, und daß die Volksschule an Kraft und Gesundheit gewinnt und dadurch auch auf die Erziehung der künftigen Generationen mehr und besser einzuwirken befähigt wird, als es bisher der Fall war. Die Staatsregierung hat keinen Anlaß gehabt, auf eine Verstärkung ihrer Macht in irgend einer Hinsicht hierbei oder bei einer anderen Gelegenheit bedacht zu sein. Die Staatsregierung ist sich ihres Rechts und ihrer Pflicht, die Gesetze mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen, die Ordnung im Staate zu erhalten, den Besitz zu schützen, vollkommen bewußt. Sie hat aber bisher noch nicht das mindeste Anzeichen gefunden, daß die bestehenden Gesetze für diesen Zweck nicht ausreichen.“ (Lebhafte Beifall links.)  
Sollten solche Anzeichen auftreten, so wird die Staatsregierung nicht säumen, dasjenige zu thun, was etwa nöthig sein könnte, um weitere Garantien zu schaffen. (Beifall.) Ich lege Werth darauf, dies hier ausdrücklich zu erwähnen, obwohl ein Theil dieser Fragen die sedes materiae (Sitz der Materie, Ort, wo die Materie zu behandeln) im andern Hause hat. Ich lege Werth darauf, um einer Nichtung entgegen zu treten, welche das Staatsministerium eines schwächlichen Zuwartens beschuldigt. Wir wissen ganz genau, was unsere Aufgabe ist, und sind gewillt, alle der Regierung zu Gebote stehenden Mittel nachsichtslos anzuwenden, wenn wir, was Gott verhüten wolle, vor die Nothwendigkeit gestellt werden. (Lebhafte Beifall.) Wir sind aber nicht geonnen, Schritte zu thun, für welche reale Motive zur Zeit nicht vorliegen. (Lebhafte Beifall.)

Wenn nun diese Gesetze nicht die Staatsregierung, sondern den Staat direkt stärken, so darf man sich der Hoffnung hingeben, daß sie auch indirekt zur Stärkung des Staates beitragen werden. Denn es will mir scheinen, daß der Staat in dem Kampfe, vor den er gestellt ist, nur gewinnen kann, wenn es ihm gelingt, die Zahl seiner Gegner zu verringern. Die Regierung kann niederhalten, niederschlagen, damit ist die Sache aber nicht gemacht (sehr wahr! links). Die Vorgänge, vor denen wir stehen, müssen von innen heraus beurtheilt werden (Beifall) und es gehört vor Allem zu den Aufgaben unserer Regierung, das Wohlbedingen zu fördern, das sich heimisch fühlen, die Theilnahme mit

Kopf und Herz an den Aufgaben des Staates in weitere Kreise zu tragen. (Lebhafte Beifall.) Hierzu geben die Gesetze insofern eine Hilfe, als sie, wie ich an mehreren Stellen zu erwähnen mir erlaubt habe, und wie Ihnen noch klarer und in noch größerem Umfange das Studium der Gesetze selbst vielleicht ergeben wird, die Tendenz haben, die schwachen Schultern zu entlasten. Sie haben aber auch weiter die Tendenz, die Thätigkeit innerhalb der Gemeinden in breitere Kreise zu übertragen, und wenn die Existenz des Staates mit einer Feindschaft auf Tod und Leben bedroht wird, so wird auf der anderen Seite als Gegenmittel eine Verstärkung der Liebe zum Staat gesucht werden müssen. (Lebhafte Beifall.) Der Weg zu dieser Liebe zum Staat wird aber für einen großen Theil unserer Mitbürger durch die Liebe zur Gemeinde gewonnen, und eine solche zu erhöhen, zu wecken, zu kräftigen, ist einer der Zwecke dieser Vorlage. (Beifall.)

So der preussische Ministerpräsident und deutsche Reichskanzler.

Er verurtheilt das Sozialistengesetz und jede Ausnahme-Gesetzgebung — neuer Kurs.

Er verurtheilt jede Gewaltpolitik und erklärt sich — wenn auch mit anderen Worten, für den berühmten Satz Gladstone's: Force is no remedy, mit mechanischen Machtmitteln heißt man den Staat nicht — neuer Kurs.

Er sagt, die Regierung habe die Pflicht, das Wohlbedingen des Volks zu fördern, so daß die Bürger den Staat lieben können — neuer Kurs.

Und noch verschiedene andere Anzeichen eines neuen Kurjes.

Aber da steht, inmitten dieser verheißungsvollen Aussprüche und Andeutungen, als „harte widerspenstige Thatsache“, die all dem Verheißenen schroff und trohig widerspricht, der fatale Satz über den „Kampf, der von den staatsbedrohenden Elementen unangefochten gegen das Dasein des Staates und der Kultur inszenirt zu sein scheint.“

Wäre der Inhalt dieses Satzes nicht näher bestimmt, dann ließe sich nicht viel einwenden, denn es giebt „staatsbedrohende Elemente“, die „das Dasein des Staates und der Kultur“ bekämpfen.

Allein aus dem ganzen Zusammenhang geht unzweideutig hervor, daß die Sozialdemokratie gemeint ist.

Hier segelt der preussische Ministerpräsident und deutsche Reichskanzler nun unbedingt im alten Kurs, und zwar im schlimmsten Kurs, den das alte, verrottete Bismarck-Puttkamer'sche Polizei-Regiment je verfolgt hat.

Mit derartigen Anschauungen ist ein neuer Kurs einfach unverträglich. Der Herr Ministerpräsident und Reichskanzler sollte sich einmal die Frage vorlegen, welche

### Feuilleton.

#### Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

„Sie müssen in anderen Fabriken unterzukommen suchen“, meinte Oswaldt.  
Der Wirth zuckte die Achseln. „Das ist nicht so leicht, die Leute stehen nicht in Verbindung, und Derer, die aufs Geratewohl fort können, um Arbeit zu suchen, sind wenige, und die haben ohnedies nicht bis heute gewartet. Was da festhält, sind diejenigen, die kleine Häuschen haben, und die Aermsten, mit großer Familie, wo die Kinder durch Beeren-suchen und das Weib durch Scheuern für Sommerpartien einen lärglichen Nebenwerb gefunden, die klammern sich hier fest; aber wir behalten damit ein wahres Lumpen-proletariat am Halse, was der Gemeinde nicht gleichgiltig sein kann.“  
Oswaldt nickte zustimmend, aber er blieb stumm und blickte erwartungsvoll die Straße entlang nach den Pferden, die noch immer nicht kommen wollten.  
Auf einer Mauer war eine Ankündigung angehängt, und Männer und Weiber standen davor, lasen und besprachen die Veröffentlichung.  
Der redselige Wirth war auch hier sofort mit der Erklärung bei der Hand.  
Die Direction der Aktiengesellschaft gab hiermit bekannt,

daß junge Arbeiterinnen, die bisher in Verwendung standen, in ihren Fabriken in Böhmen Aufnahme finden könnten. Sie sollten daselbst die Manipulation mit den verbesserten Haspeln erlernen und nach einiger Zeit wieder zurückgeschickt werden. Diejenigen, welche der böhmischen Sprache mächtig seien, erhielten den Vorzug. Die Gesellschaft wollte offenbar damit eine gewisse Fürsorge bekunden, aber der Aufreiß wurde verschieden gedeutet und begegnete großem Mißtrauen.

Oswaldt, von einer immer brennenderen Ungeduld erfaßt, vermochte dessen Auseinandersetzungen nicht zu folgen, aber er sah den armseligen Gestalten nach, die da kamen und gingen, und denen der Kummer in den blaffen Gesichtern lag, und mußte daran denken, wie doch die Willkür Einzelner so viel verschulde, wie die Bier, ihren Reichtum rasch zu vermehren, uneingeschränkt walten dürfe und ehrliche Arbeiter zu Bettlern mache. Field hatte mit Kauf und Verkauf ein gutes Geschäft gemacht, was kinnerte es ihn, daß so viele Existenzen dabei zu Grunde gingen.

Jetzt wurden die Pferde gebracht und sofort vor den Wagen gespannt. Oswaldt half selbst mit anschnüren.

„Es geht in die Enge, nicht wahr?“ fragte der Wirth mit einem bedeutungsvollen Blick.

„In die Enge“, wiederholte Oswaldt, und zum Kutscher gewendet, der sich soeben auf den Bock schwang, „laß sie laufen, Deine Kappen, ich will Dir's entsprechend belohnen.“

Er sprang nun selbst in den Wagen. Der Wirth aber lehnte noch immer an den Rädern und kraute sich in den Haaren.

möchte ich Ihnen eine Warnung zukommen lassen, Herr Oswaldt.“

„Oh!“

„Sie wissen ja doch, der Andreas —“

„Was ist's mit dem Burschen?“

„Er hat seine Strafe abgesehen und ist wieder frei; seit gestern ist er von Neustadt herüber gekommen und — und“, er neigte sich dem Ohre des Malers zu, „und er sucht nun die Franzel. Sie wissen wohl, wie es gekommen war, es hatte ihn rasend gemacht, daß Bisi ihm keine Auskunft über sie geben wollte, und in seiner Wuth hat er zum Messer gegriffen. Jetzt wird es ihm nicht schwer fallen, ihren Aufenthalt zu erfahren, alle Leute wissen, wo die Kleine steckt, und wenn er am Ende gar — Ich möchte daher rathen, Herr Oswaldt, sehen Sie sich vor — der Bursch hat den Teufel im Leib, und das Stöckchen da in Ihrer Hand ist keine Waffe. Wenn Sie vielleicht einen —“

Oswaldt machte eine kurze ungeduldige Bewegung mit der Hand, es war eine entschiedene Ablehnung.

„Es ist gut, ich danke Ihnen. Und nun mach' fort. Der Wirth sprang zurück, die Pferde zogen an, und der Wagen fuhr rasch die breite mit Bäumen besetzte Straße dahin, mächtige Staubwolken aufwirbelnd, die hinter ihm drein zogen.“

Es war spät am Nachmittage. Die Luft war ruhig und schwül, dichtgeballte weißglänzende Wolken stiegen im Westen empor und zogen langsam näher.

Oswaldt trieb zu immer heftigerer Eile an, das Drückende dieser Atmosphäre war nicht geeignet, die heiße Wallung eines jungen Herzens zu mildern.

Partei es denn ist, die programmäßig am schärfsten von allen Parteien für die jetzt von ihm vertretenen Reformgedanken eintritt und von jeher eingetreten ist? Es ist die Sozialdemokratie, welche in ihrem Programm die gerechte Vertheilung der Steuern, die Unenigeltlichkeit des Unterrichts, das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden, die Förderung des Volkswohlstandes verlangt.

Ist das „staatsbedrohend“, was die preussische Regierung jetzt selber vorschlägt zur Stärkung des Staats?

Bedroht ist der Staat durch diejenigen Klassen und Parteien, die in ihrer nimmermatten „Begehrlichkeit“ sich der „Klinke der Gesetzgebung“ bemächtigt und sie benutzt haben, um sich auf Kosten ihrer Mitbürger zu bereichern, um die Nahrungsmittel zu vertheuern und dem arbeitenden Volk im wahrsten Sinne des Wortes den Brotkorb höher zu hängen, durch Knebelgesetze das Volk mundtot zu machen — kurz, eine Politik der Ausbeutung und Unterdrückung, welche allgemeine Unzufriedenheit und Erbitterung hervorgerufen hat und hervorrufen muß, und demzufolge zweifellos eminent „staatsbedrohend“ ist.

Der Hauptvertreter dieser Klassen und Parteien ist vom Staatsruder entfernt, das Knebelgesetz gegen die Sozialdemokratie ist ihm nachgeworfen worden — im Uebrigen aber sind diese Klassen und Parteien noch in voller Macht, ihre Sonderinteressen-Gesetzgebung ist noch in voller Kraft, und ihnen zu Lieb muß noch heute von jedem Bissen Brot und Fleisch, den der „arme Mann“ — das staaterhaltende arbeitende Volk — zum Munde führt, an diese „begehrlichen“ nimmermatten Parteien und Klassen ein Zoll bezahlt werden!

Das ist der Punkt, wo der Hebel angelegt werden muß.

„Doch die Sozialdemokraten sind Umstürzler, Revolutionäre!“

Gemach! Was heißt „Umstürzler“, „Revolutionär“? Die Gesetzentwürfe, welche die preussische Regierung soeben dem Landtag vorgelegt hat, sind in den Augen der Agrarier — der gesammten konservativen Partei genau so „umstürzlerisch“ und „revolutionär“, als das Programm der Sozialdemokratie.

Und sind etwa — um nur dies Eine herauszugreifen — die Herren Reichsunmittelbaren, die jetzt zur Steuer herangezogen werden sollen, nicht durch eine wirkliche, echte, gewaltsame Revolution weiland ihrer Throne und Kronen beraubt worden?

Und unterscheidet sich im Prinzip die Prozedur, durch welche ihnen ihr letztes Vorrecht genommen werden soll, von der furchterlichen Expropriation der Expropriateure, die das letzte Ziel der Sozialdemokratie bildet?

Oder ist das nicht auch eine Expropriation?

Durch Worte und Gespenster darf man sich nicht erschrecken lassen. Der „staatsbedrohende“ Feind steht greifbar vor uns — er wird die Regierungsreformen bekämpfen, gegen ihn muß die Regierung ihre Kraft richten, wenn sie die Reformen durchbringen will.

Und was zunächst zu thun, das ist: Bruch mit dem Agrariertum, Bruch mit der Politik der Brot- und Fleischvertheuerung, Bruch mit dem Schutzzoll-System.

Das wäre neuer Kurs.

So lange aber der Staat in der Partei, an deren Reformvorschlüge er sich anklammern muß, um vorwärts zu kommen, seinen Feind erblickt, und auf die Parteien, welche den Wohlstand des Volks untergraben, das Staatswohl ihren Sonderinteressen opfern und für jede ernsthafte Reform ein starres Nein haben, sich stützt und ihnen weiter zu Diensten ist, — so lange segeln wir im alten Kurs.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 14. November.

Die reaktionären Parteien sind durch die Entlassung des Stöcker und andere Vorkommnisse derart in Verwirrung

Das Raffeln des Wagens ließ eine Gestalt, die unweit des Weges im Schatten eines Gebüsches gelegen, emporschwellen.

Es war ein junger Bursche, der hier eingeschlafen war, ermattet von Lust und Sonne, deren er so lange entbehrt. Es war Andreas. Er sah dem Wagen nach, von dessen Infassen er nur mehr Hut und Hals von rückwärts erblickte, aber er wußte, wen er vor sich hatte, und er stieß einen Fluch aus, der in ein frohlockendes Lachen überging.

Raum in Freiheit, traf er auf den Einen, auf den während seiner Hast sein eifersüchtiger Haß sich gesammelt, und er traf ihn auf dem Wege zu ihr. Er erwischte sie miteinander, die Brut, sie sollte ihm nicht entkommen!

Er begann zu laufen, dem Wagen nach. Aber dieser hatte einen Vorsprung und ging so rasch, daß er ihn bald aus den Augen verlor.

Keuchend verfolgte er die Spuren, die er auf der Straße zurückließ: er brach einige Male zusammen, stand auf und lief weiter.

In der Kotte angekommen, stieg Oswaldt aus; er schickte das Gefährt zurück und ging zu Fuß weiter, der Enge entgegen.

Die Sonne stand am Rande der Berge, hinter dunklem Gewölke geborgen. Rasch umdüsterte es sich immer mehr, und mit einem Male war das ganze Firmament von schweren sich immer tiefer senkenden Wolken umhüllt.

Oswaldt fühlte sich eigenthümlich beklemmt. Ist es die heiße Luft, ist es die sehnächtige Ungebuld, die ihm die Brust zusammenschürt.

Endlich hat er das Haus des Hegers erreicht. Frau Eufnagel ist beschäftigt, die Wäsche von der Leine zu nehmen. Bei seinem Anblick stößt sie einen Ruf der Ueberraschung aus, ohne indeß ihre Arbeit zu unterbrechen. Er grüßte flüchtig und sprang ins Haus. Gleich darauf erschien er wieder an der Schwelle.

gerathen, daß sie zu den Regierungsvorlagen noch nicht feste Stellung genommen haben. Es kann jedoch keinem Zweifel unterliegen, daß sie den Widerstand und die Opposition bald organisiert haben werden. In der Politik herrscht das Interesse. Durch die Regierungsvorlagen werden die Interessen der Junker und Agrarier entschieden bedroht. Mag auch die Regierung sich vorläufig noch scheuen, diesen Herren und ihrem System zu Leibe zu gehen, so wird sie doch (s. unseren heutigen Leitartikel) durch die Logik der Thatsachen bald vor das Dilemma gestellt sein:

entweder auf ihre Reformpläne zu verzichten, oder mit dem Junker- und Agrariertum zu brechen.

Zwischen den Hörnern dieses Dilemmas schlüpft selbst ein so gewandter politischer Turnkünstler, wie Herr Riquel, nicht hindurch.

Die deutsche Reichsregierung hat sich, wie verlannt, nun auch zur Anerkennung der brasilianischen Republik entschlossen, nachdem dieselbe durch den Ausfall der Wahlen die Sanction der ungeheuren Mehrheit des Volkes erlangt hat. Fürst Bismarck wäre sicherlich nicht so entgegenkommend gewesen. Er war gegen „wilbe“, das heißt freie Völker und Staaten, stets sehr unfreundlich, außer wenn er sie zu etwas brauchte — wie er denn zum Beispiel seiner Zeit sogar mit den ungarischen und italienischen Revolutionären sehr zärtlich konspirirte, als es sich 1866 darum handelte, dem „österreichischen Bruder“, dessen Bundesgenossenschaft er später erbetteln mußte, den belanuten „Stoß ins Herz“ zu versetzen.

Die neue Reichsregierung scheint auch in diesen Dingen eine neue Praxis zu befolgen.

Gleich nach Wiederkunft des Reichstages soll seitens des Centrums ein Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes eingebracht werden. Nachdem der deutsche Reichskanzler, in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident so entschieden jede Gewaltpolitik verurtheilt hat, wie dies gestern im Landtage geschah, so kann — da in der Brust des Herrn v. Caprivi doch nicht zwei ganz grundverschiedene Seelen wohnen können: eine preussische Ministerseele und eine deutsche Reichskanzlerseele — mit Bestimmtheit darauf gerechnet werden, daß die Regierung sich dem Antrag nicht widersetzen wird, falls sie ihm nicht gar durch eine Gesetzesvorlage zuvorkommt. Die sozialdemokratische Fraktion, die schon vor 10 Jahren einen Antrag auf Abschaffung aller Ausnahmengesetze, insbesondere auch desjenigen gegen die Jesuiten einbrachte, wird selbstverständlich für einen derartigen Antrag oder Gesetzeswurf stimmen. Die Jesuiten, die sich ehrlich so nennen, sind uns belläufig weit achtungswerthere Menschen, als die Jesuiten, die unter anderen Namen als „praktische Politiker“, als Männer des „praktischen Christenthums“, als „nationalliberale Mannesseele“, als „geniale Politiker“ u. s. w. mit ihrem gemeingefährlichen Jesuitismus die Volksmoral zu verflüchten und die Volksinteressen zu schädigen bestreben sind. Uebrigens sind wir auch den ehrlichen Jesuiten keineswegs zugethan, und wir wünschen nichts sehnlicher, als daß der Jesuitismus in dieser wie in jeder anderen Form ausgerottet werde; — allein durch Polizeigesetze und Polizeimaßregeln ist das nicht zu erzielen — ebensowenig wie durch den Jesuitismus „liberaler“ und sonstiger Konkurrenten.

In der französischen Kammer unterwarf der Admiral Ballon die Flottenzustände Frankreichs einer sehr scharfen Kritik. Und gewiß war dieselbe auch ganz berechtigt. Wer daraus nun schließen wollte, die französische Flotte sei gar nichts werth oder wenigstens weit schlechter organisiert, als die anderer Länder, der würde in einem argen Irrthum verfallen. Man muß bedenken: Frankreich ist ein freies Land und in freien Ländern wird rücksichtslose Kritik an den heimischen Dingen geübt, während in unfreien Ländern die Kritik sich rücksichtslos nur an die ausländischen Dinge wagt, und um die heimischen wie die Lage um den heißen Brei herumgeht. Wie wird nicht von Zeit zu Zeit die englische Flotte von englischen Admirälen mitgenommen! Und doch ist die englische Flotte noch bei Weitem die mächtigste und bestorganisirte der Welt. Nach ihr kommt die französische, welche durch die Kritik des Admirals Ballon sicherlich nicht schlechter wird — im Gegentheil. Wenn wir in Deutschland auch einmal so „wild“ geworden sind, dann wird auch bei uns die Kritik ebenso rücksichtslos sich bethätigen.

Er hatte den Hut vom Kopfe gerissen und wischte sich die feuchte Stirne. „Wo ist die Franzel?“ rief er. Die völlig klanglose Stimme verrieth seine ungeheure Aufregung. „Ich finde sie nicht im Hause, wo ist sie hingekommen?“

„Sie ist auf der Hochwiese,“ laafete die ruhige Antwort. „Wir haben Hen oben, das muß noch in einen Schober kommen, eh's losbricht, sonst ist's weg.“

„Und deshalb ist sie hinauf?“

„Mit dem Michael.“

„Weshalb wird sie zu schwerer Arbeit verwandt? Ich will es nicht, hört Ihr, ich will es nicht!“

Die Frau sah ihn verwundert an, so hatte sie ihn noch nie gesehen. Sie kannte ihn nur in seiner sorglosen Fröhlichkeit. Niemals war es ihm bisher eingefallen, ihr, der Frau, vorzuschreiben, wie sie's mit der Franzel zu halten habe. Sie war auch sichtlich gekränkt.

„No,“ sagte sie, „Heumachen is sein lebtage keine schwere Arbeit, und wenn auch, so was macht das Madel nicht schlechter.“

Er fragte nichts weiter, er war schon wieder in's Haus zurückgeeil.

Als sie mit der Wäsche in den Flur trat, stieß sie abermals mit ihm zusammen. Er hatte einen großen Plaid aus seinem Zimmer geholt und wollte an ihr vorbei. Sie aber hielt ihn fest.

„Wo wollen's denn hin?“

„Auf die Hochwiese, der Franzel entgegen.“

„Ist das eine Idee! Es kommt a schwer's Wetter, und es wird da sein, eh man sich's versteht.“

„Eben deshalb.“

„Aber z'megen was wollen Sie denn unnöthig nah werden, und noch dazu mit so an' schön' G'wand? Weibens nur da, sie müssen ohnedies gleich herunterkommen.“

Aber er hörte nicht auf sie. Er hatte das Haus ver-

lassen und stieg rasch den steinigen Weg aufwärts, der hoch wiese entgegen.

Die Stimmung war noch düsterer geworden, und die Luft noch stiker. Die Blätter schienen wie erstarrt, kein Vogelschrei, kein Zirpen einer Grille, nur hie und da ein hohles Murmeln, das wieder einschloß. Es war, als hätte die Natur ihren Athem an, um all ihre Kraft zu einem leidenschaftlichen Ausbruch zusammenzufassen.

Je weiter er kam, desto unruhiger wurde er. Hatte er sie verfehlt, oder weilte sie in der That noch oben? Wer weiß, wie weit sie gegangen war, und auf der kalten konnte der erste Anfall des losbrechenden Sturmes den zarten Mädchen gefährlich werden. Jörnig trat er auf zornig gegen den Michael, zornig gegen sich selbst. Warum hatte er sie auch hier zurückgelassen? Mußte er erst durch die Sorge, sie zu verlieren, erfahren, wie theuer sie ihm war?

Er konnte es nicht erwarten, sie wie ein Kind in seinen Arme zu nehmen und sie schützend zu umfassen. Endlich trat er aus dem Gehölz in die Lichtung heraus und hatte nun das weite Plateau der Hochwiese vor sich. Die Wolken senkten sich in einer geradlinigen Schicht gegen dieselbe herab, kompakt wie eine Mauer. Der Wald, der die Wiese umgab, erschien schwarz und nahe gerückt selbst in seinen äußersten Punkten. Die Gestalt eines Mannes hob sich scharf, in riesenhafter Kontour, gegen den Horizont ab. Oswaldt erkannte den Michael und ging auf ihn los.

Auf seine heftige Frage nach dem Mädchen streckte der Michael den Zeigefinger aus und wies mit stummem Blicke nach dem Henschob, den er soeben gethürmt und zertrümmert hatte, aber im selben Augenblick trat er schon die Franzel hinter demselben hervor. Als sie erblickte, ließ sie die Heugabel fallen und faltete die Hände über der Brust zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Da wir gerade beim Flottenweser sind, sei der Versuch erwähnt, die in Italien mit einem neuen Schiffsanzug gemacht worden sind. Der Panzer stand allen Geschossen. Dieses Resultat wird als „äußerst befriedigend“ hingestellt. „Neuerst befriedigend“ — ja für die Kanonengießerei — für Krupp und Co. nossen, aber nicht für das italienische Volk; denn man wird flugs eine neue Kanone „konstruirt“, die den neuen Panzer durchschießt. Und das kostet viel Geld. Und ist der neue Panzer glücklich durchgeschossen, dann muß ein noch dickerer Panzer hergestellt werden. Und sofort ins Unerbliche. Denn der „Krieg zwischen Kanone und Panzer“ hat seiner Natur nach kein anderes Ende, als die „Gebuld der Völker“.

Aus Italien telegraphirt man noch, ein paar Judenthisten hätten in Rom „in die Luft geschossen“. (Wichtig!) Der geschwähige Telegraph verweist zu sagen, ob ein Sperling oder eine Fliege verwundet worden ist.

Die belgische Regierung soll mit dem Plan umgehen, das Wahlrecht, welches bekanntlich das Monopol der Reichen ist, auf die Hauseigentümer und direkten Mieter auszuweiten. Der letztere Ausdruck ist aber unklar — jedenfalls sträubt die Regierung sich gegen das allgemeine Wahlrecht, und einzig dieses kann genügen.

Neueste Nachrichten. Ein Telegramm aus Rom besagt: Nach dem gezeigten erfolgten Abschluß der Rechnungen des Stats des verfloffenen Verwaltungsjahres ergibt sich ein Ausfall von 74 Millionen Lire. Der Minister in gleicher Höhe annimmt, soll durch Erparungen auf 20 Millionen Lire beschränkt werden.

74 Millionen Lire sind etwa 60 Millionen Mark. Ein ganz hübsches Defizit. Und was die versprochenen „Erparungen“ betrifft, so können wir das Lied und den Text. Der Militarismus, den Herr Crispi in Italien eingeführt hat, spart immer bloß am Nöthigsten — an der Schule und den sonstigen Anstalten für Volkswohlthät. Die italienischen Schulen sind bekanntlich miserabel, so daß der größere Theil der Bevölkerung ohne jegliche, der Rest mit unzulänglichem Schulunterricht aufwächst — eine himmelschreiende Schande!

Der österreichische Reichstag ist endgiltig auf den 4. Dezember einberufen.

In Portugal gährt's weiter. Es werden wieder republikanische Demonstrationen gemeldet — und zwar von der Universität Coimbra.

Arbeiterschn-Commission.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Abg. Dr. Hirsch das Wort, um einen Fall der Berichterstattung über die Verhandlungen der Kommission zur Kenntniß derselben zu bringen; der Redner befragt sich über die tendenziöse Berichterstattung des „Berliner Volksblatt“, welches bekanntlich in seinem Bericht Nr. 264, vom Mittwoch, hervorgehoben hatte, daß Dr. Hirsch und Genossen den günstigeren Antrag des Abg. Hise bezüglich der Höhe der Geldstrafen in der Arbeitsordnung durch ihre Abstimmung gegen denselben zu Falle brachten.

Dr. Hirsch bemängelt, daß wir von der Annahme seines Antrages, welcher statt, wie von der Regierung vorgeschlagen war, Strafen bis zur „doppelten“ Höhe des ortsüblichen Tageslohns nur solche bis zur einfachen Höhe des ortsüblichen Tageslohns zulässig erklärt, keinen Vermerk genommen haben.

Es ist uns unerfindlich, wie Herr Dr. Hirsch in unseren den Thatsachen durchaus entsprechenden Mittheilung eine „tendenziöse Berichterstattung“ erblicken kann.

Nach dem Antrag des Abg. Dr. Hirsch kann die Strafe auf den vollen Betrag des Tageslohnes gewöhnlicher Tagelohnarbeiter (§ 8 des Krankenversicherungsgesetzes) normirt werden.

Der Antrag Hise wollte, daß die Strafe nur bis zur Hälfte des „durchschnittlichen“ Tages-Arbeitsverdienstes der Arbeiter festgesetzt werden sollte. Da nun der halbe Tagesverdienst für 95 pSt. der Arbeiter niedriger ist, als der volle Tageslohn des gewöhnlichen Handarbeiters, so war der Antrag Hise eine Verbesserung, deren Annahme Dr. Hirsch und Genossen durch ihre Abstimmung verhindert haben.

Wir hatten also nur der Wahrheit gemäß berichtet, und wir glauben, daß Herr Dr. Hirsch sich und seinen Freunden keinen guten Dienst erwiesen hat, als er gegen unsere Berichterstattung „protestirte“.

Und nun noch Eins; sollte man in der Kommission berath-

lassen und stieg rasch den steinigen Weg aufwärts, der hoch wiese entgegen.

Die Stimmung war noch düsterer geworden, und die Luft noch stiker. Die Blätter schienen wie erstarrt, kein Vogelschrei, kein Zirpen einer Grille, nur hie und da ein hohles Murmeln, das wieder einschloß. Es war, als hätte die Natur ihren Athem an, um all ihre Kraft zu einem leidenschaftlichen Ausbruch zusammenzufassen.

Je weiter er kam, desto unruhiger wurde er. Hatte er sie verfehlt, oder weilte sie in der That noch oben? Wer weiß, wie weit sie gegangen war, und auf der kalten konnte der erste Anfall des losbrechenden Sturmes den zarten Mädchen gefährlich werden. Jörnig trat er auf zornig gegen den Michael, zornig gegen sich selbst. Warum hatte er sie auch hier zurückgelassen? Mußte er erst durch die Sorge, sie zu verlieren, erfahren, wie theuer sie ihm war?

Er konnte es nicht erwarten, sie wie ein Kind in seinen Arme zu nehmen und sie schützend zu umfassen.

Endlich trat er aus dem Gehölz in die Lichtung heraus und hatte nun das weite Plateau der Hochwiese vor sich. Die Wolken senkten sich in einer geradlinigen Schicht gegen dieselbe herab, kompakt wie eine Mauer. Der Wald, der die Wiese umgab, erschien schwarz und nahe gerückt selbst in seinen äußersten Punkten. Die Gestalt eines Mannes hob sich scharf, in riesenhafter Kontour, gegen den Horizont ab. Oswaldt erkannte den Michael und ging auf ihn los.

Auf seine heftige Frage nach dem Mädchen streckte der Michael den Zeigefinger aus und wies mit stummem Blicke nach dem Henschob, den er soeben gethürmt und zertrümmert hatte, aber im selben Augenblick trat er schon die Franzel hinter demselben hervor. Als sie erblickte, ließ sie die Heugabel fallen und faltete die Hände über der Brust zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

ligt sein, auch über die Berichterstattung in den Zeitungen zu Recht zu sitzen und zu beurtheilen, was in dieser Beziehung tendenziös ist, dann hätten wir Sozialdemokraten am meisten Ursache zu klagen; ein ganzer Theil der gesagten Blätter, und speziell der Organe, die Herrn Dr. Hirsch nahe stehen, richtet über die Kommissionsverhandlungen in einer so partiischen Weise, daß sie die Ausführungen der Sozialdemokraten in der Kommission meistens ganz unterschlagen.

Die Berathung beginnt bei § 134 o; derselbe bestimmt, daß die Arbeitsordnung der unteren Verwaltungsbehörde einzuzutragen und an geeigneter den Arbeitern zugänglicher Stelle auszuhängen ist.

Hierzu haben die Sozialdemokraten den gestern bereits mitgetheilten Antrag gestellt; Abg. Hirsch beantragt jedem Arbeiter ein Exemplar der Arbeitsordnung auszuhändigen; Abg. v. Stumm beantragt die Arbeitsordnung an einer den „besonders“ Arbeitern zugänglicher Stelle auszuhängen zu lassen.

Der Referent Abg. v. Stumm beantragt Annahme der Regierungsvorlage mit Einfügung des von ihm gestellten Amendements; den Antrag Bebel und Gen. bittet der Referent abzulehnen, weil die Gewerbegerichte ihm nicht die geeigneten Anstalten zu sein scheinen und deren Unabhängigkeit durch die Uebertragung einer solchen Funktion in Gefahr kommt; dieselben Bedenken hat der Redner gegen die ev. Genehmigung der Fabriksordnung durch die Fabriksinspektoren; auch gegen die Beschwerde bei der höheren Verwaltungsbehörde hat der Referent praktische Bedenken, namentlich weil der Antrag nach seiner Form zuläßt, daß eine einzelne Person die Beschwerde führen kann; der Antrag Hirsch bietet nach Ansicht des Referenten ebenfalls bedeutende Schwierigkeiten, indem keine besonderen Vortheile gegenüberstehen, weil die Aushängung der Arbeitsordnung an zugänglicher Stelle genügt.

Der Korreferent Abg. Mollenhuth beantragt Annahme des sozialdemokratischen Antrages, der nur eine Konsequenz des Beschlusses sei, wonach die Arbeiter über die Arbeitsordnung gehört werden sollen; wenn das Anhören der Arbeiter einen Zweck haben soll, dann muß auch dafür gesorgt sein, daß etwaige Bedenken zur Kenntniß derjenigen Stelle kommen, welche die abschließende Entscheidung hat; ebenso ist es notwendig, die Arbeitsordnung an die Genehmigung eines unparteiisch zusammengesetzten Kollegiums zu binden.

Abg. Bebel begründet den sozialdemokratischen Antrag, indem er sich den Ausführungen des Abg. Mollenhuth anschließt und nachweist, daß die Gewerbegerichte die allgeeignteste Stelle sind, um die Prüfung und Genehmigung der Arbeitsordnung vorzunehmen; der Antrag sei eine Konsequenz der modernen Arbeiterbewegung, welche die Regierung durch ihre Vorlage anerkannt habe, und wenn man wirklich Frieden wolle, dann müsse man den Arbeitern die Möglichkeit geben, die Fabriksordnung, welcher sie unterstellt werden sollen, von einer Behörde feststellen zu lassen, welche das Vertrauen der Arbeiterklasse besitzt; der Redner verweist sich ausführlich über die Vortheile, welche aus der Annahme des Antrages für beide Theile entstehen würden und kommt zu dem Schluß, daß es nur die Erfüllung der durch den kaiserlichen Erlaß in Aussicht gestellten Gleichberechtigung der Arbeiter sein würde, wenn der Antrag Annahme fände; das Amendement Dr. Hirsch sowohl wie das Amendement v. Stumm, bittet der Redner anzunehmen; die Regierungsvorlage sei durchaus ungenügend und mangelhaft.

Abg. Dr. Hirsch findet, daß der Vordredner sich in Widersprüchen bewegt habe, — soweit er sich auf englische Verhältnisse bezogen hat — und nach der Polizei rufe, wenn er die Arbeitsordnung an die Genehmigung der Behörde binde. Die Gewerbegerichte seien bereits genügend belastet und man könne diesen daher die Arbeit der Prüfung und Genehmigung der Arbeitsordnung nicht zumuthen. Nach Ansicht des Redners könne nur in freier Verhandlung der Zweck, friedliche Verhältnisse herbeizuführen, erfüllt werden und die Rechte der Arbeiter seien genügend berücksichtigt, wenn dieselben über die Arbeitsordnung gehört werden. Redner bittet um Annahme seines Antrages, der jeden Arbeiter in die Lage bringe, die Arbeitsordnung genauer kennen zu lernen, als wie geschehe, wenn nur Anschlag der Ordnung bestimmt würde.

Abg. Klemm führt aus, daß die Jubilatur der Gewerbegerichte leiden könnte, wenn man denselben die Genehmigung der Arbeitsordnung übertragen würde. Redner ist ebenfalls dafür, die Arbeitsordnung an die Genehmigung einer Behörde zu binden und will später diesbezügliche Anträge stellen. Das Gericht, welches bei Verletzungen der Arbeitsordnung angerufen wird und entscheidet, darf nicht in die Lage gebracht werden, die Arbeitsordnung selbst festzusetzen; den Antrag Hirsch bittet Redner anzunehmen, dagegen den Antrag Bebel abzulehnen.

Abg. Dr. Hartmann polemisiert gegen den sozialdemokratischen Antrag; die Bezugnahme Bebel's auf sächsische Verhältnisse treffe nicht zu, weil dort ganz andere Voraussetzungen für die Genehmigung der Fabriksordnung durch die Behörde vorhanden waren.

Abg. Hise kann nicht für zulässig erachten, daß man der höheren Verwaltungsbehörde oder auch den Gewerbegerichten einen Einfluß auf die materiellen Bestimmungen der Arbeitsordnung einräumt, das muß dem Wesen überlassen bleiben und deshalb sei er gegen den sozialdemokratischen Antrag, während er dem Antrag Hirsch zustimme und es für vortheilhaft halte, dem Fabriksinspektor eine Abschrift der Arbeitsordnung zuzustellen, was er beantrage.

Abg. Müller macht längere, durch Aeußerungen Bebel's angerregte Ausführungen über englische Verhältnisse und glaubt, daß die weitere Entwicklung in Deutschland ähnliche Zustände herbeiführen werde. Was die vorliegende Frage anlangt, so erklärt sich Redner gegen den Antrag Bebel, empfiehlt jedoch den Antrag Hirsch zur Annahme.

Regierungskommissar Geheimrath Bohmann verwahrt die Regierung zunächst gegen die Unterstellung, als ob dieselbe durch ihre geäußerte Stellungnahme, bezüglich der Bestimmung der Arbeitsordnungen auch das Verhalten der Arbeiter außerhalb des Betriebes unter Strafe stellen könnten, etwa bestimmten, zur Vermeidung gelangten Arbeitsordnungen das Wort habe reden zu lassen.

Der Redner spricht in ausführlichem Vortrage gegen den

Antrag Bebel u. Gen., den er sachlich für unberechtigt und praktisch für mit großen Schwierigkeiten verknüpft hält. Den Antrag Hise hält der Redner deshalb für unnöthig, weil nach Ansicht des Regierungsentwurfs den Fabriksinspektoren Abschriften der Arbeitsordnung gegeben werden sollen. Gegen den Antrag Hirsch sei nichts einzuwenden, obgleich derselbe in ganz Keinen Betrieben überflüssig sein möchte.

Abg. Bebel erwidert dem Abg. Müller und betont wiederholt, daß die englischen Verhältnisse für Deutschland nicht angezogen werden können; dort herrscht eine ganz andere, viel freiere und nachdenklichere Ausübung des Koalitionsrechtes; die Angriffe des Abg. Dr. Hirsch weist Redner sehr energisch zurück, derselbe hätte Konsequenzen aus dem sozialdemokratischen Antrage gezogen, welche nicht darin lägen, ebenso seien die Ausführungen des Abg. Klemm und des Geh. Rath Bohmann nicht zutreffend, die Gewerbegerichte seien eine sehr passende Instanz für die Entscheidung über die Zulässigkeit einer Arbeitsordnung; es scheine dem Redner, als ob man nach Gründen für Ablehnung des Antrages suche, wenn man allerlei ganz unbedeutende Einwendungen mache. Nach Ueberzeugung des Redners giebt es gar keinen anderen Weg, die vorliegende Materie in gerechtem Sinne zu regeln, als den Antrag anzunehmen.

Abg. Müller nimmt Veranlassung, noch einmal bezüglich der englischen Verhältnisse gegen Bebel zu polemisieren und glaubt, daß das von ihm Gesagte nicht gegen ihn verwendet werden kann.

Geh. Rath Bohmann vertheidigt nochmals die Regierungsvorlage, der durch den Antrag Bebel und Genossen den Verwaltungsbehörden Aufgaben zuertheilt werden, welche dieselben nicht erfüllen können.

Der Referent Abg. v. Stumm will auf die Debatte nicht ausführlich zurückgreifen und bittet nach einigen Ausführungen gegen Bebel um Annahme der Regierungsvorlage mit den von ihm gestellten Amendements; den Antrag Bebel und Genossen bittet er aus den in der Debatte hervorgetretenen Gründen abzulehnen.

Der Korreferent Abg. Mollenhuth faßt noch einmal die Gründe zusammen, welche die Annahme des sozialdemokratischen Antrages nothwendig machen. Die von unparteiischer Seite erfolgte Prüfung und Genehmigung der Arbeitsordnung werden von vornherein eine Unmenge von Streit und Verwirrung beseitigen; der Redner bittet den Antrag anzunehmen.

Bei der Abstimmung wird § 134 o unter Einfügung der Amendements v. Stumm und Dr. Hirsch und Ablehnung des Antrages Bebel und Genossen nach der Regierungsvorlage angenommen.

Die Diskussion über § 134 f wird eröffnet; derselbe bestimmt, daß Arbeitsordnungen, welche nicht vorschriftsmäßig erlassen sind, oder deren Gehalt den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderläuft, auf Anordnung der unteren Verwaltungsbehörde durch geeignete Arbeitsordnungen zu ersetzen, oder den gesetzlichen Vorschriften entsprechend abzuändern sind; gegen diese Anordnung soll binnen zwei Wochen Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde stattfinden.

Der Referent empfiehlt trotz einiger Bedenken, die er von seinem Standpunkt aus gegen die Regierungsvorlage hat, Annahme derselben; der Korreferent verzichtet. Einige Petitionen gegen die Vorlage sind eingegangen. Bei der Abstimmung wird § 134 f einstimmig angenommen.

§ 134 g bestimmt, daß die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes erlassenen Arbeitsordnungen den Bestimmungen der §§ 134 a bis 134 c, 134 e, Absatz 2, 134 f unterliegen und daß diese Arbeitsordnungen binnen vier Wochen der Behörde einzureichen sind.

Der Referent beantragt Annahme der Vorlage; der Korreferent beantragt, den § 134 d ebenfalls in den Paragraphen einzubeziehen.

Abg. Bebel unterstützt diesen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß kein Grund vorliegt, die unter den bestehenden Arbeitsordnungen thätigen Arbeiter schlechter zu stellen als diejenigen, die später zu erlassenden Arbeitsordnungen unterstellt werden.

Abg. Schmidt theilt diese Auffassung nicht, weil die sofortige Aenderung der Arbeitsordnungen sehr viele Schwierigkeiten bei der Prüfung machen würde; es sei besser, dies nach und nach geschehen zu lassen.

Der Referent glaubt, daß eine tatsächliche Verschiedenheit der Arbeiter durch die Vorlage nicht eintreten würde, weil die Behörde sich mit den Arbeitsordnungen doch beschäftigen müsse.

Der Korreferent bittet, den Antrag Bebel anzunehmen, da es der Gerechtigkeit entspreche, die Arbeiter auch über die bestehenden Arbeitsordnungen zu hören.

Nachdem in einer Votumabstimmung der Antrag Bebel verworfen ist, wird bei der Abstimmung der § 134 g der Regierungsvorlage mit 12 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Die Diskussion wendet sich zu den Anträgen Schmidt und Hise, welche einen § 134 h vorschlagen, der die Einsetzung ständiger Arbeiterausschüsse verlangt. Nach dem Antrag Hise soll dies geschehen in Fabriken, in denen mehr als 20 Arbeiter beschäftigt werden, während der Antrag Schmidt die Gewerbebetriebe, welche mehr als 50 Personen beschäftigen, hierzu verpflichten will; beide Anträge bestimmen, daß diese Ausschüsse in geheimer Wahl zu wählen sind.

Der Referent erklärt sich gegen die obligatorische Bildung ständiger Arbeiterausschüsse; namentlich aber bekämpft der Redner die geheime Wahl dieser Ausschüsse, von welcher er gar keinen Vortheil, aber sehr bedeutenden Zeitverlust voraussieht; die bestehenden Arbeiterkorporationen, Knappschaftskassen, Vorstände von Krankenkassen, Arbeitervertreter anderer Organisationen zc. seien geeigneter, die den Arbeiterausschüssen zugeordnete Thätigkeit auszuüben, dem stände aber die Bestimmung bezüglich der geheimen Wahl entgegen. Der Referent hält die fakultative Errichtung von Arbeiterausschüssen für nützlich und bittet, die Anträge Hise - Schmidt abzulehnen.

Der Korreferent führt einige Bedenken gegen die Bildung ständiger Ausschüsse an. Nach den bisherigen Erfahrungen würde es oft vorkommen, daß die Ausschussmitglieder für ihr Eintreten für die Interessen der Arbeiter gemahnt und eventuell aus der Arbeit entlassen werden; dadurch können Zustände eintreten, daß sich sehr schwer Jemand für das Amt eines Ausschusses

mitgliedes finden wird. Wenn aber Ausschüsse gebildet werden, dann muß die Wahl geheim vorgenommen werden; durch die öffentliche Wahl wird eine Quelle des Zankes eröffnet und die Zwietracht unter den Arbeitern ein und desselben Betriebes würde die unaussprechliche Folge der öffentlichen Wahl sein.

Die Abg. Bebel, Mollenhuth und Singer beantragen: „In Gewerbebetrieben, in welchen Arbeiterausschüsse errichtet werden, müssen die Mitglieder derselben in geheimer Wahl durch die großjährigen Arbeiter des Betriebes gewählt werden.“

Abg. Schmidt findet es bezeichnend, daß die Sozialdemokraten sich gegen die ständigen Arbeiterausschüsse erklären; der Redner findet in dem Arbeiterausschuß, der allerdings gerecht zusammengesetzt sein muß, ein Mittel, um das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern friedlich und freundlich zu gestalten; die Arbeiterausschüsse werden eine sehr segensreiche Thätigkeit entfalten; dieselben müssen jedoch obligatorisch eingerichtet werden und auf dem geheimen Wahlrecht beruhen; der Redner empfiehlt seinen Antrag.

Abg. Hise begründet seinen Antrag, indem er sich in Vielem den Ausführungen des Vordredners anschließt und noch darauf hinweist, daß die Einrichtung von Arbeiterausschüssen obligatorisch sein muß, weil sonst wahrscheinlich sehr viele Unternehmer sich nicht bereit finden lassen werden, solche Ausschüsse in ihren Betrieben einzuführen; der Redner bittet, seinen Antrag anzunehmen.

Der Handelsminister erklärt die Arbeiterausschüsse nicht nur für wünschenswert, sondern hofft von der Thätigkeit der Ausschüsse, daß sie das vielfach geschwundene gegenseitige Vertrauen wieder herstellen werden; die Regierung wünsche lebhaft, daß die Einrichtung der Arbeiterausschüsse sich immer weiter ausdehne und daß dieselben in gemeinsamer Berathung den Weg finden mögen, der gegangen werden muß, um den sozialen Frieden zu fördern und zu erhalten; der Minister glaubt aber, daß dieses Ziel durch zwingende Errichtung von Arbeiterausschüssen nicht zu erreichen ist; Zwang giebt kein Vertrauen; dies kann sich nur finden in freiwilliger Zusammenarbeit, und das Beispiel würde auf diesem Gebiet heilsamer wirken, als der gesetzliche Zwang; nebenher habe man auch kein Mittel, die Uebernahme der Aemter u. s. w. zu erzwingen; die Ausschüsse müssen aber unabhängig sein und deshalb empfehle sich vollkommen gerechte und unabhängige Zusammensetzung der Arbeiterausschüsse.

Abg. Bebel erklärt sich gegen die obligatorische Errichtung von Arbeiter-Ausschüssen; dieselben haben keine Sympathie bei den Arbeitern, weil bisher in vielen Fällen die Mitglieder derselben entweder zu Werkzeugen der Unternehmer gebraucht worden sind, oder, wenn sie nicht willfährig waren, gemahngelt und entlassen worden sind; der Redner vertritt aber energisch die Auffassung, daß da, wo solche Ausschüsse errichtet werden, die Wahl geheim sein muß.

Abg. Müller erklärt sich gegen die obligatorischen Arbeiter-Ausschüsse aus den bereits angeführten Gründen; der Redner wird nach dem Antrag Bebel und Genossen für die fakultative Errichtung dieser Ausschüsse stimmen.

Abg. Trölsch schließt sich dem Vordredner an und weist noch besonders auf die sächsischen Verhältnisse hin, welche die obligatorische Errichtung von Arbeiterausschüssen nicht nothwendig machen.

Abg. Böllmer empfiehlt den Antrag Schmidt, der eine Nothwendigkeit sei, Gegenstände ausgleichen und den Frieden fördern werde.

Abg. von Reist-Rehew hält die vorliegende Frage für eine der wichtigsten der ganzen Gesetzgebung. Wenn es gelingt, eine wirklich gerechte Lösung zu finden, so könne man sich von der Thätigkeit der Ausschüsse sehr viel versprechen. Der Redner glaubt, daß es gelingen wird, dafür eine Form zu finden.

Der Handelsminister bittet den Antrag Bebel abzulehnen, da derselbe nur dann annehmbar wäre, wenn den Ausschüssen durch das Gesetz bestimmte Aufgaben zuertheilt werden. Abg. Hise bekräftigt nochmals seinen Antrag, dessen Ausführung keine Schwierigkeiten bereiten würde.

Abg. Dr. Hirsch findet in der Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen die Arbeiterausschüsse einen Widerspruch mit den von ihr beantragten Arbeiterkammern. Was für die Gesamtheit richtig sei, muß auch für die einzelnen Betriebe gelten die Arbeiterausschüsse, wenn dieselben obligatorisch sind, werden ein reiches Feld der Thätigkeit finden. Der Redner empfiehlt die Annahme des Antrages Schmidt.

Abg. Schmidt bekräftigt nochmals seinen Antrag und glaubt, daß das Vorurtheil gegen die Arbeiterausschüsse schwinden wird, wenn dieselben aus freien Wahlen hervorgehen.

Abg. Singer: Die Ansicht der Vordredner, wir befänden uns mit dem vorliegenden Antrag gegenüber unserem Antrag auf Arbeiterkammern im Widerspruch, sei irrig. Es scheint, man hat dort keine besseren geistigen Waffen für den Kampf mit uns, daß man auf solche Ausschüsse verfolge. Der Arbeiterausschuß sei unter allen Umständen vom Fabrikanten abhängig und könne jederzeit von ihm wirkungslos gemacht werden. Die schlagenden Gründe gegen die obligatorische Einführung habe der Vordredner nicht widerlegt. Redner zeigt dies an einer Reihe von Beispielen. Andererseits sei der Vortheil der zwingenden Einführung der Ausschüsse außerordentlich gering. Die Anträge der Herren vom Freisinn seien in der Regel Halbheiten, was aus ihrem Standpunkt hervorgehe. Redner wendet sich gegen den Handelsminister, welcher gegen die geheime Wahl der Ausschüsse sich erklärte. Jede andere Art der Zusammensetzung garantiere nicht deren Unabhängigkeit und so würden die Ausschüsse nicht nur kein Vertrauen besitzen, sondern zu einer Quelle des Streites und Zankes werden. Also entweder fakultativ durch geheime Wahl gewählte Ausschüsse oder gar keine.

Abg. Müller polemisiert gegen den Abgeordneten Schmidt, welcher die Ausschüsse als Mittel für eine Art konstitutionellen Systems einzuführen bezeichnet hat; ebenso wendet sich Redner gegen den Abg. Böllmer, welcher einen kraffen manchesterlichen Standpunkt vertritt.

Nach Schluß der Diskussion empfiehlt der Referent die Ablehnung der Anträge Schmidt und Hise, weil es

obligatorische Arbeiterausschüsse für unthunlich halte; den Antrag Bebel und Genossen tut der Referent ebenfalls abzulehnen, weil eine geheime Wahl unüberwindliche Schwierigkeiten bereite; der Redner hofft, daß es bei der zweiten Lesung gelingen werde, eine Form dafür zu finden, daß, soweit Arbeiterausschüsse bestellt werden, dieselben aus freier Wahl hervorgehen sollen.

Der Korreferent glaubt, daß gegen die obligatorischen Ausschüsse genügend Gründe in der Diskussion hervorgetreten sind; aber wenn überhaupt solche Ausschüsse eingesetzt werden, dann muß die geheime Wahl garantiert sein, sonst werden die Ausschüsse zur Farce; Redner empfiehlt die Annahme des sozialdemokratischen Antrages.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Bebel und Genossen abgelehnt; ebenso werden die Anträge Hise und Schmidt abgelehnt (15 gegen 10 Stimmen).

Damit sind die obligatorischen Arbeiterausschüsse abgelehnt. Nächste Sitzung Morgen 10 Uhr.

Das Sozialistengesetz ist noch in Kraft für eine Anzahl von Beamten. So unglaublich es klingt, es ist wahr. Man schreibt uns:

Nachdem das Sozialistengesetz mit dem 30. Sept. abgelaufen war, mußte diejenige Behörde, welche über das Gesetz ihr wachsam Auge zu richten hatte, auch alle Instanzen davon zu unterrichten, daß diese von diesem Moment an sämtliche Handlungen, die sie auf Grund des Sozialistengesetzes vorzunehmen hatten, einzustellen haben. Dem ist aber nicht so. — Die Steuer- und Postbehörden, welche bisher — unter dem Sozialistengesetz — an t l i c h angewiesen waren, alle vom Auslande kommenden Druckachen zu prüfen, ob solche auf Grund des Sozialistengesetzes verboten seien und wenn dies der Fall, die Sendungen juristisch zu behalten, weigern sich jetzt — trotzdem das Sozialistengesetz nicht mehr besteht — derartige Sendungen zu verabsolgen, und sie thun dies mit der Motivierung, daß der ihnen seiner Zeit erteilte Befehl amtlich noch nicht zurückgenommen worden sei. —

Handelt es sich darum, irgend eine Schrift aus irgend einem vielleicht formellen Grunde zu beschlagnahmen, dann werden sofort Duzende von Beamten in Aktion gesetzt, aber hier, wo es sich darum handelt, dem Publikum zu seinem Rechte zu verhelfen, da scheint die Behörde keine Zeit zu haben, da überläßt man es jedem Einzelnen, stundenlang von einem

Bureau zum andern zu gehen, bis es ihm endlich gelingt, eine an ihn adressierte Sendung ausgeliefert zu erhalten. —

Wir haben uns selbst von der Wichtigkeit des vorstehend Gesagten überzeugt, und wir erwarten, daß die zuständigen Behörden ungesäumt einen so anomalen Zustand ein Ende bereiten werden.

**Verlorenes Liebesmäh.** Einige Zentrumsblätter, zum Beispiel die „Kölnische Volkszeitung“, erlauben sich den Scherz, das „Berl. Volksblatt“ im Allgemeinen, und insbesondere Liebknecht in Bezug auf die Beurteilung der Stärke des Zentrums mit den Anschauungen des Halle'schen Kongresses, und speziell mit Bebel und Bloss in Widerspruch zu setzen. Nun ist es aber ganz falsch, daß auf unserem Kongress die Macht der katholischen Partei und Kirche unterschätzt worden sei. Von Bebel wissen wir genau, daß er sich nach dieser Richtung hin keinen Illusionen hingiebt, und von Bloss erinnern wir uns keiner Äußerung, die so gedeutet werden könnte. Webrigens sind in unserer Partei die Gedanken zollfrei. Wir sind über viele Dinge verschiedener Ansicht, ohne darum uneinig zu werden. Unser Wahlanspruch ist und bleibt — ähnlich dem des preussischen Generalstabs vor der Schlacht von Königgrätz —: Getrennt denken und vereint schlagen.

### Theater.

Sonnabend, den 15. Novbr. Opernhaus. Das Nachlager in Granada. Schauspielhaus. Egmont. Festung-Theater. Sodoms Ende. Berliner Theater. Rean. Deutsches Theater. Hand und Herz. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Königsgardist. Sonne und Erde. Wallner - Theater. Der Bauern doktor. Pension Schöller. Residenz - Theater. Scylla und Charypbis. Famille Mouslinard. Viktoria - Theater. Die Million. Sekundance - Theater. Ramsell's Ritouche. Abend - Theater. Zimmermann's Vene. Thomas - Theater. Epidemisch. Adolph Ernst - Theater. Unsere Don Juans. Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshaken. Große Spezialitäten-Vorstellung. Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung. Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung. Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

### Circus Renz.

Karlstraße. Sonnabend, den 15. November, Abends 7 Uhr: **4 hohe Schulen** geritten von den Damen Fräulein Clotilde Hager, Helga Hager, Oceana Roaz und Vidal. 6 irische Jagdpferde, hierauf: Great steuple chasso mit 8 englischen Springpferden, dressirt und vorgeführt von Herrn Franz Reuz. Aufritten der Künstler-Spezialitäten Mrs. Clarke und Rodgers. Orientalisches Manöver, geritten von 16 Damen. 6 Gladiatoren. Aufritten der Herren B. Zillis und der 4 Gebr. Briatore, der Damen Fels, Billie und Rosa Meers, Zephora und Ubele. Ferner:

### Deutsche Turner.

Große nationale Pantomime vom Hof-Balletmeister A. Siems, inszenirt vom Direktor E. Renz. Musik von A. Cabale. Dekorationen, Kostüme, Requisiten, Wagen auf das Prachtvollste. Morgen Sonntag um 4 Uhr Nachm. (1 Kind frei) **Mazeppa**. Um 7 1/2 Uhr: **Deutsche Turner**. E. Renz, Direktor.

### Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Str. Sonnabend, den 15. November, Abends 7 1/2 Uhr. Große **Gala- u. Sport-Vorstellung**. Besonders hervorzuheben: **Puppenfee**, frische Stute, Eigentum eines hiesigen bekannten Sportmannes, in der kurzen **3 Wochen** und in **allen Säugarten der hohen Schule** geritten von Herrn E. Schumann. Aufritten des anerkannt besten Jockey-Reiters der Welt Mr. Arlene Loyal. **Original-Crown Druff** mit neuen Entree's. Das **Clagen-Caroussel** mit 25 Vollblutpferden von Herrn Max Schumann vorgeführt. Gastspiel der Weltkünstler Gebrüder Morelli am Hohen Reck. Romisches Entree des beliebten Clown **Tanti**. Außerdem Aufritten der besten Reiter sowie Reiterinnen. Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei) und Abends 7 1/2 Uhr.

### Meinen

Kunden zur Nachricht, daß ich durch benachrichtigte Zuschneider in der Lage bin **Paletots** nach Maß in guten reinwoll. Stoffen von . . . 25 M. an. **Anzüge** nach Maß von . . . 24 M. an. **Beinkleider** in Kammergarn von . . . 8 M. an, unter Garantie gut angefertigt. Ferner empfehle mein großes Lager gutfertigender fertiger Garderoben: **Winter-Paletots** von 18 M. an, **Kammergarn-Anzüge** in reiner Wolle von . . . 22 M. an, **Kammergarn-Hosen** von . . . 6,50 M. an, bis zu den feinsten Qualitäten zu verhältnismäßig sehr billigen Preisen. **Arbeitsachen** in gr. Auswahl. **S. Posner**, Brunnen - Straße Nr. 118. Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten, da meine als reell bekannte Firma oft von der Konkurrenz ausgebeutet wird.

### Uhren und Goldwaaren

reell und billig bei **Max Busse**, Uhrmacher und Juwelier, No. 157 Invalidenstrasse No. 157 zwischen Markthalle und Ackerstrasse.



Ich habe keine Filialen und stehe mit ähnlich lautenden Firmen in keinerlei Beziehung.

**Deshalb kommen Sie nur** bei Ihrem Einkauf von Herren-, Knaben-Garderoben und Arbeitsachen zu

### J. Baer

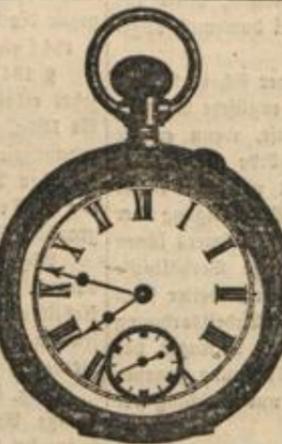
Berlin N., Gesundbrunnen, **Badstraße 18**, Ecke Stettinerstrasse,

woselbst Sie in jeder Beziehung streng reell bedient werden, denn sämtliche Waaren werden nicht in Stettin, sondern hier in eigener Werkstatt angefertigt.

### G. Scharnow's

Alttest und anerkannt leistungsfähigste **Uhren-Fabrik**

En gros Berlin S., Export **Oranienstr. 152**, Ecke Moritzplatz, besteht seit 1860. Anerkannt beste Bezugsqu. **Nickel-Remontoir-Uhren** von 10-15 M. **Silberne Remontoir-Uhren** v. 17 M. an **Goldene Damen-Uhren** v. 20 M. an **do. Ancre-Herren-Remontoir-Uhren** v. 50 M. an **Regulateure** v. 8 M. an **do. in polirtem Nussbaum-Gehäuse**, ca. 1 Mtr. lang, 14 Tage gehend v. 14 M. an **Becker-Uhren** in verschied. Mustern v. 3,50 M. an



Bitte genau auf die alte Firma: **Oranienstrasse 152** zu achten.

### 64. Waldemarstraße 64.

### Schuh- und Stiefel-Waaren-Lager

### Ernst Grossmann.

Große Auswahl in Herren-, Damen- u. Kinder-Schuhen und -Stiefeln jeder Art. **Reelle Bedienung. Billige Preise.**

### M. Berndt

Inhaber der Destillation **A. Kowald** Nachfolger

**Oranienstraße 128, Ecke Alexandrinenstraße**

erlaubt sich seinen Freunden und verehrten Kunden hierdurch mitzutheilen, daß sein Vorgänger, Herr Kowald, trotzdem derselbe gegen Zahlung einer Conventionalstrafe die Verpflichtung übernommen hat, in der Gegend des Oranienviertels kein neues Geschäft zu eröffnen, er dennoch ein solches, und zwar unter der Firma seiner Frau begründet hat. Unter Berücksichtigung, daß der Kaufpreis des obigen Geschäftes ein ganz enormer ist, vermag ich die Handlungsweise des Herrn Kowald nicht näher zu kennzeichnen, erwarte jedoch von allen meinen Freunden und verehrten Kunden, daß dieselben mich nach wie vor in meinem Unternehmen unterstützen und damit meinem Vorgänger, Herrn Kowald, beweisen werden, daß von ihnen dessen Handlungsweise unter keinen Umständen gebilligt wird.

### Englischer Garten.

Direktion: **C. Andress**, Alexanderstraße 27c. **Franka Scholz**, Kostüm-Soubrette. **Geschw. Wildenfels**, Gesangs-Duettisten. **Richard Gersdorf**, Sächsischer Gesangs-Humorist. **Adolf Gödicke**, Mimiker, Stimmen-Imitator und Charakter-Komiker. **Truppe Blumenfeld**, Barterre-Gymnastiker, Ballet und Tanzkünstler. Anfang Wochentags 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr. Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

### Passage-Panopticum.

Unter den Linden 22/23. 1742 **Lebensgroße Wachsfiguren.** **Panoramen.** Ethnographische Sammlungen. **Italienische Volkslieder.** **Entrée 50 Pf.** Geöffnet von 10 bis 9 Uhr.



### Stabliement Buggenhagen

am Moritzplatz. Täglich: **Grosses Concert.** Direktion **A. Ködman**. Dienstag und Freitag: Walzer-Abend. **Entrée** Sonn- und Posttags 25 Pf. Großer Frühstücks- und Mittagstisch. Spezial-Ausverkauf von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf. 641 **F. Müller.**

### Geschäftshaus S. Heine

**Chausseestr. 14.** Die schönsten **Kinderkleider und -Zaden** für Mädchen jeden Alters, sowie **Morgenröde, Unterröde, Trikottailen u. Blouzen**, auch im Einzelverkauf sehr billig! Maßbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt! **Normal-Unterkleider** und **Tricotagen** für Herren, Damen und Kinder. **Strümpfe, Socken, Handschuhe** etc. **Geschäftshaus S. Heine.**

### Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Täglich: **Grosses Concert** mit **Quartett-Sängern**, ausgeführt von dem Musik-Direktor **H. Sanftleben**. Wochentags: **Frei-Concert.** Sonntags **Entrée 20 Pf.** Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Regeltischen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen. 703 **F. Sadtke.**

### Zum Roth. Cylinderhut

Nur Hüte 1526a mit **Arbeiter-Kontrollmarke.** **Skaligerstraße 131**, neben Frister **Wilhelm Zapel**, Hutmacher.

### Möbel, Spiegel und

eigener Gr. Lager, bill. Preise. **Fabrik. Emil Heyn**, Brunnenstraße 28, Hof parterre. **Zahlung nach Uebereinkunft.**

### Castan's Panopticum.

**Entrée 50 Pfg., Kinder 25 Pfg.** 8, 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends. **Amazonen-Corps** Vorstellung Sonn. 11 1/2 u. 12 1/2 Uhr. Nachm. 4 1/2-5 1/2 Uhr ständl. eine Vorstellung. **Extra-Entrée 30 Pfg.** Kinder frei.

### Sopha's, Matrassen, Bettstellen,

auch Theilzahlung. 724 bei **O. Schmidt, Gartenstr. 65.**

### Saal mit guter Akustik und Vereins-

zimmer empfiehlt an Vereine sowie zu Privatfeiern. Berliner Volksblatt" sow. „Berl. Volks-Tribüne“ liegen aus. 1508 **H. Meissner, Gartenstr. 162.**

### Rohtabak A. Goldschmidt,

Spannauerbrücke 6, an hiesigen Plätze bekanntlich **Größte Auswahl. Garantiert scharf brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt**, Spannauerbr. 6, am Ecker'schen Markt. 1746

### Meyer's, Brockhaus'

Lexica, Bücher, Bibliotheken kauft **A. Hannemann**, Kochstr. 56, I. 109

# 1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 267.

Sonnabend, den 15. November 1890.

7. Jahrg.

## Weitere Mittheilungen über ein Heilmittel gegen Tuberkulose.

Von Professor A. Koch, Berlin.

In einem Vortrage, welchen ich vor einigen Monaten auf dem internationalen medizinischen Kongresse hielt, habe ich ein Mittel erwähnt, welches im Stande ist, Versuchsthiere unempfindlich gegen Impfung mit Tuberkelbazillen zu machen und bei schon erkrankten Thieren den tuberkulösen Krankheitsprozeß zum Stillstand zu bringen. Mit diesem Mittel sind inzwischen Versuche am Menschen gemacht, über welche im Nachstehenden berichtet werden soll.

Eigentlich war es meine Absicht, die Untersuchungen vollständig zum Abschluß zu bringen und namentlich auch ausreichende Erfahrungen über die Anwendung des Mittels in der Praxis und seine Herstellung in größerem Maßstabe zu gewinnen, ehe ich etwas darüber veröffentlichte. Aber es ist trotz aller Vorsichtsmahregeln zu viel davon, und zwar in entstellter und übertriebener Weise, in die Öffentlichkeit gedrungen, so daß es mir geboten erscheint, um keine falschen Vorstellungen aufkommen zu lassen, schon jetzt eine orientierende Uebersicht über den augenblicklichen Stand der Sache zu geben. Allerdings kann dieselbe unter den gegebenen Verhältnissen nur kurz ausfallen und muß manche wichtige Fragen noch offen lassen.

Die Versuche sind unter meiner Leitung von den Herren Dr. A. Lübbert und Stabsarzt Dr. G. Pfuhl ausgeführt und zum Theil noch im Gange. Das nöthige Krankenmaterial haben zur Verfügung gestellt Herr Prof. Brieger aus seiner Poliklinik, Herr Dr. W. Levy in seiner chirurgischen Privatklinik, Herr Geheimrath Fraenkel und Herr Ober-Stabsarzt A. Köhler im Charité-Krankenhaus und Herr Geheimrath v. Bergmann in der chirurgischen Universitätsklinik. Allen diesen Herren, sowie deren Assistenten, welche bei den Versuchen behilflich gewesen sind, möchte ich an dieser Stelle für das lebhafteste Interesse, welches sie der Sache gewidmet, und für das uneigennütige Entgegenkommen, das sie mir bewiesen haben, meinen tiefgefühlten Dank aussprechen. Ohne diese vielseitige Mithilfe wäre es nicht möglich gewesen, die schwierige und verantwortungsvolle Untersuchung in wenigen Monaten so weit zu fördern.

Ueber die Herkunft und die Bereitung des Mittels kann ich, da meine Arbeit noch nicht abgeschlossen ist, hier noch keine Angaben machen, sondern muß mir dieselben für eine spätere Mittheilung vorbehalten.

Das Mittel besteht aus einer bräunlichen klaren Flüssigkeit, welche an und für sich, also ohne besondere Vorsichtsmaßregeln, haltbar ist. Für den Gebrauch muß diese Flüssigkeit aber mehr oder weniger verdünnt werden, und die Verdünnungen sind, wenn sie mit destillirtem Wasser hergestellt werden, zerföhllich; es entwickeln sich darin sehr bald Bakterienvegetationen (eine Ansammlung von Bakterien), sie werden trübe und sind dann nicht mehr zu gebrauchen. Um dies zu verhüten, müssen die Verdünnungen durch Siede sterilisirt und unter Watteverschluss aufbewahrt, oder, was bequemer ist, mit 0,5 procentiger Phenollösung hergestellt werden. Durch öfteres Erhitzen sowohl, als durch die Mischung mit Phenollösung scheint aber die Wirkung nach einiger Zeit, namentlich in stark verdünnten Lösungen, beeinträchtigt zu werden, und ich habe mich deswegen immer möglichst frisch hergestellter Lösungen bedient.

Vom Magen aus wirkt das Mittel nicht; um eine zuverlässige Wirkung zu erzielen, muß es subkutan (unter der Haut) beigebracht werden. Wir haben bei unseren Versuchen zu diesem Zwecke ausschließlich die von mir für bakteriologische Arbeiten angegebene Spritze benutzt, welche mit einem kleinen Gummiballon versehen ist und keinen Stempel hat. Eine solche Spritze läßt sich leicht und sicher durch Ausspülen mit absolutem Alkohol aseptisch (rein) erhalten, und wir schreiben es diesem Umstande zu, daß bei mehr als tausend subkutanen Injektionen nicht ein einziger Abscess entstanden ist.

Als Applikationsstelle (Anfahrstelle) wählten wir, nach einigen Versuchen mit anderen Stellen, die Rückenhaut zwischen den Schulterblättern und in der Lendengegend, weil die Injektion an diesen Stellen am wenigsten, in der Regel sogar überhaupt keine örtliche Reaktion zeigte und fast schmerzlos war.

Was nun die Wirkung des Mittels auf den Menschen anlangt, so stellte sich gleich beim Beginn der Versuche heraus, daß in einem sehr wichtigen Punkte der Mensch sich dem Mittel gegenüber wesentlich anders verhält, als das gewöhnlich benutzte Versuchsthiere, das Meerfischweiche. Also wiederum eine Bestätigung der gar nicht genug einzuschärfenden Regel für den Experimentator, daß man nicht ohne weiteres vom Thierexperiment auf das gleiche Verhalten beim Menschen schließen soll.

Der Mensch erwies sich nämlich außerordentlich viel empfindlicher für die Wirkung des Mittels als das Meerfischweiche. Einem gesunden Meerfischweiche kann man bis zu zwei Kubikzentimetern und selbst mehr von der unverdünnten Flüssigkeit subkutan injizieren, ohne daß dasselbe dadurch merklich beeinträchtigt wird. Bei einem gesunden erwachsenen Menschen genügt dagegen 0,25 Kubikzentimeter, um eine intensive Wirkung hervorzu bringen. Auf Körpergewicht berechnet, ist also  $\frac{1}{1000}$  von der Menge, welche beim Meerfischweiche noch keine merkliche Wirkung hervorbringt, für den Menschen sehr stark wirkend.

Die Symptome, welche nach der Injektion von 0,25 Kubikzentimetern beim Menschen entstehen, habe ich an mir selbst nach einer am Obecarum gemachten Injektion erfahren; sie waren in Kürze folgende: Drei bis vier Stunden nach der Injektion Ziehen in den Gliedern, Mattigkeit, Neigung zum Husten, Athembeschwerden, welche sich schnell steigerten; in der fünften Stunde trat ein ungewöhnlich heftiger Schüttelfrost ein, welcher fast eine Stunde anauwachte; zugleich Uebelkeit, Erbrechen, Ansteigen der Körpertemperatur bis zu 39,5 Grad; nach etwa zwölf Stunden ließen sämtliche Beschwerden nach, die Temperatur sank und erreichte bis zum nächsten Tage wieder die normale Höhe; Schwere in den Gliedern und Mattigkeit hielten noch einige Tage an, ebenso lange Zeit blieb die Injektionsstelle ein wenig schmerzhaft und geröthet.

Die untere Grenze der Wirkung des Mittels liegt für den gesunden Menschen ungefähr bei 0,01 Kubikzentimeter (gleich einem Kubikcentimeter der hundertfachen Verdünnung), wie zahlreiche Versuche ergeben haben. Die meisten Menschen reagierten auf diese Dosis nur noch mit leichten Gliederschmerzen und bald vorübergehender Mattigkeit. Bei einigen trat außerdem noch eine

leichte Temperatursteigerung ein bis zu 38 Grad oder wenig darüber hinaus.

Wenn in Bezug auf die Dosis des Mittels (auf Körpergewicht berechnet) zwischen Versuchsthiere und Mensch ein ganz bedeutender Unterschied besteht, so zeigt sich doch in einigen anderen Eigenschaften wieder eine ziemlich gute Uebereinstimmung.

Die wichtigste dieser Eigenschaften ist die spezifische Wirkung des Mittels auf tuberkulöse Prozesse, welcher Art sie auch sein mögen.

Das Verhalten des Versuchsthiere in dieser Beziehung will ich, da dies zu weit führen würde, hier nicht weiter schildern, sondern mich sofort dem höchst merkwürdigen Verhalten der tuberkulösen Menschen zuwenden.

Der gesunde Mensch reagiert, wie wir gesehen haben, auf 0,01 Kubik-Zentimeter gar nicht mehr oder in unbedeutender Weise. Ganz dasselbe gilt auch, wie vielfache Versuche gezeigt haben, für kranke Menschen, vorausgesetzt, daß sie nicht tuberkulös sind. Aber ganz anders gestalten sich die Verhältnisse bei Tuberkulösen: wenn man diesen dieselbe Dosis des Mittels (0,01 Kubik-Zentimeter) injiziert, dann tritt sowohl eine starke allgemeine, als auch eine örtliche Reaktion ein.

Die allgemeine Reaktion besteht in einem Fieberanfall, welcher meistens mit einem Schüttelfrost beginnend, die Körpertemperatur über 39 Grad, oft bis 40 und selbst 41 Grad steigert; daneben bestehen Gliederschmerzen, Hustenreiz, große Mattigkeit, öfters Uebelkeit und Erbrechen. Einige Male wurde eine leichte öfterische (gelbfüchtige) Färbung, in einigen Fällen auch das Auftreten einer mäsigenartigen Granthems (Ausfälsche) an Brust und Hals beobachtet. Der Anfall beginnt in der Regel 4—5 Stunden nach der Injektion und dauert 12—15 Stunden. Anfallsweise kann er auch später auftreten und verläuft dann mit geringerer Intensität. Die Kranken werden vor dem Anfall auffallend wenig angegriffen und fühlen sich, sobald er vorüber ist, verhältnismäßig wohl, gewöhnlich sogar besser, wie vor demselben.

Die örtliche Reaktion kann am besten an solchen Kranken beobachtet werden, deren tuberkulöse Affektion sichtbar zu Tage liegt, also z. B. bei Lupuskranken (hauttuberkulösen Kranken). Bei diesen treten Veränderungen ein, welche die spezifisch anti-tuberkulöse Wirkung des Mittels in einer ganz überraschenden Weise erkennen lassen. Einige Stunden, nachdem die Injektion unter die Rückenhaut, also an einem von den erkrankten Hauttheilen im Gesicht u. s. w. ganz entfernten Punkte gemacht ist, fangen die lupösen Stellen, und zwar gewöhnlich schon vor Beginn des Fieberanfalls an zu schwellen und sich zu röthen. Während des Fiebers nimmt Schwellung und Röthung immer mehr zu und kann schließlich einen ganz bedeutenden Grad erreichen, so daß das Lupusgewebe stellenweise braunroth und nekrotisch (brandig) wird. An scharfer abgegrenzter Lupusherde war öfters die stark geschwollene und braunroth gefärbte Stelle von einem weichen fast einen Zentimeter breiten Saum eingefaßt, der seinerseits wieder von einem breiten lebhaft gerötheten Hof umgeben war. Nach Abfall des Fiebers nimmt die Anschwellung der lupösen Stellen allmählich wieder ab, so daß sie nach 2—3 Tagen verschwunden sein kann. Die Lupusherde selbst haben sich mit Krusten von austretendem und an der Luft vertrocknetem Serum (Wintwasser) bedeckt, sie verwandeln sich in Borsten, welche nach 2—3 Wochen abfallen und mitunter schon nach einmaliger Injektion des Mittels eine glatte rothe Farbe hinterlassen. Gewöhnlich bedarf es aber mehrerer Injektionen zur vollständigen Beseitigung des lupösen Gewebes, doch davon später. Als besonders wichtig bei diesem Vorgange muß noch hervorgehoben werden, daß die geschilderten Veränderungen sich durchaus auf die lupösen erkrankten Hautstellen beschränken; selbst die kleinsten und unscheinbarsten, im Narbengewebe versteckten Knötchen machen den Prozeß durch und werden infolge der Anschwellung und Farbenänderung sichtbar, während das eigentliche Narbengewebe, in welchem die lupösen Veränderungen gänzlich abgelaufen sind, unverändert bleibt.

Die Beobachtung eines mit dem Mittel behandelten Lupuskranken ist so instruktiv und muß zugleich so überzeugend in Bezug auf die spezifische Natur des Mittels wirken, daß Jeder, der sich mit dem Mittel beschäftigt, seine Versuche, wenn es irgend zu ermöglichen ist, mit Lupösen beginnen sollte.

Weniger frappant, aber immer noch für Auge und Gefühl wahrnehmbar, sind die örtlichen Reaktionen bei Tuberkulose der Lymphdrüsen, der Knochen und Gelenke u. s. w., bei welchen Anschwellung, vermehrte Schmerzhaftigkeit, bei oberflächlich gelegenen Theilen auch Röthung sich bemerklich machen.

Die Reaktion in den inneren Organen, namentlich in den Lungen, entzieht sich dagegen der Beobachtung, wenn man nicht etwa vermehrte Husten und Auswurf der Lungenkranken nach den ersten Injektionen auf eine örtliche Reaktion beziehen will. In derartigen Fällen dominiert die allgemeine Reaktion. Gleichwohl muß man annehmen, daß auch hier sich gleiche Veränderungen vollziehen, wie sie beim Lupus direkt beobachtet werden.

Die geschilderten Reaktionserscheinungen sind, wenn irgend ein tuberkulöser Prozeß im Körper vorhanden war, auf die Dosis von 0,01 Kubik-Zentimeter in den bisherigen Versuchen ausnahmslos eingetreten, und ich glaube deswegen nicht zu weit zu gehen, wenn ich annehme, daß das Mittel in Zukunft ein antituberkulöses diagnostisches Hilfsmittel bilden wird. Man wird damit im Stande sein, zweifelhafte Fälle von beginnender Phthisis (Lungenschwindsucht) selbst dann noch zu diagnostizieren, wenn es nicht gelingt, durch den Befund von Bazillen oder elastischen Fasern im Sputum (Auswurf) oder durch die physikalische Untersuchung eine sichere Auskunft über die Natur des Leidens zu erhalten. Drüsenaffektionen, versteckte Knochentuberkulose, zweifelhafte Hauttuberkulose und dergleichen werden leicht und sicher als solche zu erkennen sein. In scheinbar abgelaufenen Fällen von Lungen- und Gelenktuberkulose wird sich feststellen lassen, ob der Krankheitsprozeß in Wirklichkeit schon seinen Abschluß gefunden hat, und ob nicht doch noch einzelne Herde vorhanden sind, von denen aus die Krankheit, wie von einem unter der Asche glimmenden Funken, später von Neuem um sich greifen könnte.

Sehr viel wichtiger aber als die Bedeutung, welche das Mittel für diagnostische Zwecke hat, ist seine Heilwirkung.

Bei der Beschreibung der Veränderungen, welche eine subkutane (unter die Haut einzuprinzende) Injektion des Mittels auf lupöse veränderte Hautstellen hervorruft, wurde bereits erwähnt, daß nach Abnahme der Schwellung und Röthung das Lupusgewebe nicht seinen ursprünglichen Zustand wieder einnimmt, sondern daß es mehr oder weniger zerstört wird und verschwindet. In einzelnen Stellen geht dies, wie der Augenschein lehrt, in der Weise vor sich, daß das kranke Gewebe schon nach einer ausreichenden Injektion unmittelbar abfällt und als tote Masse später abgestoßen wird. In anderen Stellen scheint mehr ein Schwund oder eine Art von Schmelzung des Gewebes einzutreten, welche, um vollständig zu werden, wiederholter Einwirkung des Mit-

tels bedarf. In welcher Weise dieser Vorgang sich vollzieht, läßt sich augenblicklich noch nicht mit Bestimmtheit sagen, da es an den erforderlichen histologischen Untersuchungen fehlt. Nur so viel steht fest, daß es sich nicht um eine Abtödtung der im Gewebe befindlichen Tuberkelbazillen handelt, sondern daß nur das Gewebe, welches die Tuberkelbazillen einschließt, von der Wirkung des Mittels getroffen wird. In diesem treten, wie die sichtbare Schwellung und Röthung zeigt, erhebliche Zirkulationsstörungen und damit offenbar tiefgreifende Veränderungen in der Ernährung ein, welche das Gewebe je nach der Art und Weise, in welcher man das Mittel wirken läßt, mehr oder weniger schnell und tief zum Absterben bringen.

Das Mittel tödtet also, um es noch einmal kurz zu wiederholen, nicht die Tuberkelbazillen, sondern das tuberkulöse Gewebe. Damit ist aber auch sofort ganz bestimmt die Grenze bezeichnet, bis zu welcher die Wirkung des Mittels sich zu erstrecken vermag. Es ist nur im Stande, lebendes tuberkulöses Gewebe zu beeinflussen; auf bereits todes, z. B. abgestorbene Längs-Massen, nekrotische Knochen u. s. w., wirkt es nicht; ebensowenig auch auf das durch das Mittel selbst bereits zum Absterben gebrachte Gewebe. In solchen toden Gewebsmassen können dann immerhin noch lebende Tuberkelbazillen lagern, welche entweder mit dem nekrotischen Gewebe ausgeflossen werden, möglicherweise aber auch unter besonderen Verhältnissen in das benachbarte noch lebende Gewebe wieder eindringen könnten.

Gerade diese Eigenschaft des Mittels ist sorgfältig zu beachten, wenn man die Heilwirkung desselben richtig ausnutzen will. Es muß also zunächst das noch lebende tuberkulöse Gewebe zum Absterben gebracht und dann Alles ausgeflossen werden, um das tote Gewebe als möglich, z. B. durch chirurgische Nachhilfe, zu entfernen; da aber, wo dies nicht möglich ist, und nur durch Selbsthilfe des Organismus die Ausföderung langsam vor sich gehen kann, muß zugleich durch sorgfältige Anwendung des Mittels das gefährdete lebende Gewebe vor dem Wiedereintritt der Parasiten geschützt werden.

Daraus, daß das Mittel das tuberkulöse Gewebe zum Absterben bringt und nur auf das lebende Gewebe wirkt, läßt sich ungezwungen noch ein anderes, höchst eigenenthümliches Verhalten des Mittels erklären, daß es nämlich in sehr schnell gesteigerten Dosen gegeben werden kann. Zunächst könnte diese Erscheinung als auf Angewöhnung beruhend gedeutet werden. Wenn man aber erfährt, daß die Steigerung der Dosis im Laufe von etwa drei Wochen bis auf das 50fache der Anfangsdosis getrieben werden kann, dann läßt sich dies wohl nicht mehr als Angewöhnung auffassen, da es an jedem Analogon von so weitgehender und so schneller Anpassung an ein starkwirkendes Mittel fehlt.

Man wird sich diese Erscheinung vielmehr so zu erklären haben, daß Anfangs viel tuberkulöses lebendes Gewebe vorhanden ist, und dem entsprechend eine geringe Menge der wirksamen Substanz ausreicht, um eine starke Reaktion zu veranlassen; durch jede Injektion wird aber eine gewisse Menge reaktionsfähigen Gewebes zum Schwinden gebracht, und es bedarf dann verhältnismäßig immer größerer Dosen, um denselben Grad von Reaktion wie früher zu erzielen. Daneben her mag auch innerhalb gewisser Grenzen eine Angewöhnung sich geltend machen. Sobald der Tuberkulose soweit mit steigenden Dosen behandelt ist, daß er nur noch ebensowenig reagiert, wie ein Nichttuberkulöser, dann darf man wohl annehmen, daß alles reaktionsfähige tuberkulöse Gewebe getödtet ist. Man wird also dann nur noch, um den Kranken, so lange noch Bazillen im Körper vorhanden sind, vor einer neuen Injektion zu schützen, mit langsam steigenden Dosen und mit Unterbrechungen die Behandlung fortzusetzen haben.

Ob diese Auffassung und die sich daran knüpfenden Folgerungen richtig sind, das wird die Zukunft lehren müssen. Vorläufig sind sie für mich maßgebend gewesen, um danach die Art und Weise der Anwendung des Mittels zu konstruieren, welche sich bei unseren Versuchen folgendermaßen gestaltet:

Um wieder mit dem einfachsten Falle, nämlich mit dem Lupus zu beginnen, so haben wir fast bei allen derartigen Kranken von vornherein die volle Dosis von 0,01 Kubik-Zentimeter injiziert, dann die Reaktion vollständig ablaufen lassen und nach ein bis zwei Wochen wieder 0,01 Kubik-Zentimeter gegeben, so fort-führend, bis die Reaktion immer schwächer wurde und schließlich ausfiel. Bei zwei Kranken mit Gesichtslupus sind in dieser Weise durch drei beziehungsweise vier Injektionen die lupösen Stellen zur glatten Vernarbung gebracht, die übrigen Lupuskranken sind der Dauer der Behandlung entsprechend gebessert. Alle diese Kranken haben ihre Leiden schon viele Jahre getragen und sind vorher in der verschiedensten Weise erfolglos behandelt.

Ganz ähnlich wurden Drüsen-, Knochen- und Gelenktuberkulose behandelt, indem ebenfalls große Dosen mit längeren Unterbrechungen zur Anwendung kamen. Der Erfolg war der gleiche wie bei Lupus; schnelle Heilung in frischen und leichteren Fällen, langsam fortschreitende Besserung bei den schweren Fällen.

Etwas anders gestalteten sich die Verhältnisse bei der Haupt-masse unserer Kranken, bei den Phthisikern. Kraule mit ausgesprochener Lungentuberkulose sind nämlich gegen das Mittel weit empfindlicher, als die mit chirurgischen tuberkulösen Affektionen behafteten. Wir mußten die für Phthisiker anfänglich zu hoch bemessene Dosis von 0,01 Kubik-Zentimeter sehr bald herabsetzen und fanden, daß Phthisiker fast regelmäßig noch auf 0,002 und selbst 0,001 Kubik-Zentimeter stark reagierten, daß man aber von dieser niedrigen Anfangsdosis mehr oder weniger schnell zu denselben Mengen aufsteigen kann, welche auch von den anderen Kranken gut ertragen werden. Wir verfahren in der Regel so, daß der Phthisiker zuerst 0,001 Kubik-Zentimeter injiziert erhält, und daß, wenn Temperaturerhöhung danach eintritt, dieselbe Dosis so lange täglich einmal wiederholt wurde, bis keine Reaktion mehr erfolgte; erst dann wurde auf 0,002 gestiegen, bis auch diese Menge reaktionslos getragen wurde, und so fort immer um 0,001 oder höchstens 0,002 steigend bis zu 0,01 und darüber hinaus. Dieses milde Verfahren schien mir namentlich bei solchen Kranken geboten, deren Kräftezustand ein geringer war. Wenn man in der geschilderten Weise vorgeht, läßt es sich leicht erreichen, daß ein Kranker fast ohne Fieber-Temperatur und für ihn fast unmerklich auf sehr hohe Dosen des Mittels gebracht werden kann. Einige noch einigermaßen kräftige Phthisiker wurden aber auch theils von vornherein mit großen Dosen, theils mit fortpirter Steigerung in der Dosis behandelt, wobei es den Anschein hatte, als ob der günstige Erfolg entsprechend schneller eintrat. Die Wirkung des Mittels äußerte sich bei den Phthisikern im Allgemeinen so, daß Husten und Auswurf nach den ersten Injektionen gewöhnlich etwas zunahmten, dann aber mehr und mehr geringer wurden, um in den günstigsten Fällen schließlich ganz zu verschwinden; auch verlor der Auswurf seine eitrige Beschaffenheit, er wurde schleimig. Die Zahl der Bazillen (es sind nur solche Kranke zum Versuch gewählt, welche Bazillen im Auswurf hatten) nahm gewöhnlich erst dann ab, wenn der Auswurf schleimig geworden bekommen hatte. Sie verschwanden dann zeitweilig ganz, wurden aber von Zeit zu Zeit wieder angetroffen, bis der Auswurf vollständig weggeht. Gleichzeitig hörten die Nachtschweisse auf, das Aussehen besserte sich, und die Reak-

\*) Aus der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ (Herausgegeben von Sanitätsrath Dr. S. Guttman. Verlag G. Thieme, Leipzig.)

Diejenigen Aerzte, welche jetzt schon Versuche mit dem Mittel anstellen wollen, können dasselbe von Dr. A. Lübbert, Berlin NW, Säbenerstraße 28, II) beziehen, welcher unter seiner und Dr. Pfuhs Mitwirkung die Herstellung des Mittels übernommen hat. Doch muß ich bemerken, daß der zur Zeit vorhandene Vorrath nur ein sehr geringer ist, und daß erst nach einigen Wochen etwas größere Mengen zur Verfügung stehen werden.

\*) Kindern im Alter von 3—5 Jahren haben wir ein Zehntel dieser Dosis, also 0,001, sehr schwächlichen Kindern nur 0,0005 Kubik-Zentimeter gegeben und damit eine kräftige, aber nicht besorgniserregende Reaktion erhalten.

nahmen an Gewicht zu. Die im Anfangsstadium der Phthisis behandelten Kranken sind sämtlich im Laufe von 4 bis 6 Wochen von allen Krankheitserscheinungen befreit, so daß man sie als geheilt ansehen konnte. Auch Kranke, mit nicht zu großen Kavernen sind bedeutend gebessert und nahezu geheilt. Nur bei solchen Phthisikern, deren Lungen viele und große Kavernen enthielten, war, obwohl der Auswurf auch bei ihnen abnahm, und das subjektive Befinden sich besserte, doch keine objektive Besserung wahrzunehmen. Nach diesen Erfahrungen möchte ich annehmen, daß beginnende Phthisis durch das Mittel mit Sicherheit zu heilen ist. Teilweise mag dies auch noch für die nicht zu weit vorgeschrittenen Fälle gelten.

Aber Phthisiker mit großen Kavernen, bei denen wohl meistens Komplikationen, z. B. durch das Eindringen von anderen eitererregenden Mikroorganismen in die Kavernen, durch nicht mehr zu beseitigende pathologische Veränderungen in anderen Organen u. s. w. bestehen, werden wohl nur ausnahmsweise einen dauernden Nutzen von der Anwendung des Mittels haben. Vorübergehend gebessert wurden indessen auch derartige Kranke in den meisten Fällen. Man muß daraus schließen, daß auch bei ihnen der ursprüngliche Krankheitsprozeß, die Tuberkulose, durch das Mittel in derselben Weise beeinflusst wird, wie bei den übrigen Kranken, und daß es gewöhnlich nur an der Mangelhaftigkeit des abgestöbten Gewebes, dessen sekundären Eiterungsprozessen zu beseitigen. Unwillkürlich wird da der Gedanke wachgerufen, ob nicht doch noch manchen von diesen Schwerkranken durch Kombination des neuen Heilverfahrens mit chirurgischen Eingriffen (nach Art der Empyemoperation), oder mit anderen Heilfaktoren zu helfen sein sollte. Ueberhaupt möchte ich dringend davon abrathen, das Mittel etwa in schematischer Weise und ohne Unterschied bei allen Tuberkulosen anzuwenden. Am einfachsten wird sich voraussichtlich die Behandlung bei beginnender Phthisis und bei einfachen chirurgischen Affektionen gestalten, aber bei allen anderen Formen der Tuberkulose sollte man die ärztliche Kunst in ihre vollen Rechte treten lassen, indem sorgfältig individualisiert wird und alle anderen Hilfsmittel herangezogen werden, um die Wirkung des Mittels zu unterstützen. In vielen Fällen habe ich den entschiedenen Eindruck gehabt, als ob die Pflege, welche den Kranken zu Theil wurde, auf die Heilwirkung von nicht unerheblichem Einfluß war, und ich möchte deswegen der Anwendung des Mittels in geeigneten Anstalten, in welchen eine sorgfältige Beobachtung der Kranken und die erforderliche Pflege derselben am besten durchzuführen ist, vor der ambulanten oder Hausbehandlung den Vorzug geben. Inwieweit die bisher als nützlich erkannten Behandlungsmethoden, die Anwendung des Gebirgsklimas, die Freiluftbehandlung, spezifische Ernährung u. s. w., mit dem neuen Verfahren vortheilhaft kombinirt werden können, läßt sich augenblicklich noch nicht absehen; aber ich glaube, daß auch diese Heilfaktoren in sehr vielen Fällen, namentlich in den vernachlässigten und schweren Fällen, ferner im Melonvalezzenzstadium im Verein mit dem neuen Verfahren von bedeutendem Nutzen sein werden.

Der Schwerpunkt des neuen Heilverfahrens liegt, wie gesagt, in der möglichst frühzeitigen Anwendung. Das Anfangsstadium der Phthisis soll das eigentliche Objekt der Behandlung sein, weil sie diesem gegenüber ihre Wirkung voll und ganz entfalten kann. Deswegen kann aber auch gar nicht eindringlich genug darauf hingewiesen werden, daß in Zukunft viel mehr, als es bisher der Fall war, seitens der praktischen Aerzte Alles aufgeboten werden muß, um die Phthisis so frühzeitig als möglich zu diagnostizieren. Bislang wurde der Nachweis der Tuberkelbazillen im Sputum meiste als eine nicht uninteressante Nebensache betrieben, durch welche zwar die Diagnose gesichert, dem Kranken aber kein weiterer Nutzen geschaffert wird, die deswegen auch nur zu oft unterlassen wurde, wie ich noch nie wieder in letzter Zeit an zahlreichen Phthisikern erfahren habe, welche gewöhnlich durch die Hände mehrerer Aerzte gegangen waren, ohne daß ihr Sputum auch nur einmal untersucht war. In Zukunft muß das anders werden. Ein Arzt, welcher es unterläßt, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, namentlich mit Hilfe der Untersuchung des verdächtigen Sputums auf Tuberkelbazillen die Phthisis so früh als möglich zu konstatiren, macht sich damit einer schweren Vernachlässigung seines Kranken schuldig, weil von dieser Diagnose und der auf Grund derselben schnelligst eingeleiteten spezifischen Behandlung das Leben des Kranken abhängen kann. In zweifelhaften Fällen sollte sich der Arzt durch eine Probe-Injektion die Gewissheit über das Vorhandensein oder Fehlen der Tuberkulose verschaffen.

Dann erst wird das neue Heilverfahren zu einem wahren Segen für die leidende Menschheit geworden sein, wenn es dahin gekommen ist, daß möglichst alle Fälle von Tuberkulose frühzeitig in Behandlung genommen werden, und es gar nicht mehr zur Ausbildung der vernachlässigten schweren Formen kommt, welche die unerschöpfliche Quelle für immer neue Injektionen bisher gebildet haben.

Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß ich absichtlich statistische Zahlenangaben und Schilderung einzelner Krankheitsfälle in dieser Mittheilung unterlassen habe, weil diejenigen Aerzte, zu deren Krankheitsmaterial die für unsere Zwecke benutzten Kranken gehörten, selbst die Beschreibung der Fälle übernommen haben, und ich ihnen in einer möglichst objektiven Darstellung ihrer Beobachtungen nicht vorgreifen wollte.

## Lokales.

**Den Parteigenossen Berlins und Umgebung** sei folgendes mitgeteilt: Der zu Pankow im Gasthause des Herrn Mahn, einem für Arbeiter gesperrten Lokale, tagende Gesangsverein „Blaue Schleife“ beabsichtigt in Gemeinschaft mit dem im „Marienbad“, Gesundbrunnen, Badstraße (ebensfalls für Arbeiter gesperrt) tagenden Gesangsverein „Männerbund“ im Lokale des Herrn Mahn am Todtenfest-Sonntag eine musikalische Abendunterhaltung zu veranstalten. Wir richten nun an alle Genossen die Aufforderung, überall, wo Programme und Einladungen oder dergleichen zu dem angeführten Feste angeboten werden, darauf aufmerksam zu machen, daß das Fest in einem für Arbeiterversammlungen nicht zur Verfügung stehenden Lokale stattfinden soll und dahin zu wirken, daß die Herren höchst ungern unter sich bleiben mögen.

In Pankow ist immer noch für Arbeiterversammlungen überhaupt kein Saal zu haben. Das „Berliner Volksblatt“ liegt nur aus dem Gastwirth Vorhardt, Schulstraße 27, sonst in keinem anderen Lokale in Pankow und Nieder-Schönhausen. Die Lokalkommission von Pankow und Nieder-Schönhausen. J. V.: Otto Schlett.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist der Gesetzentwurf über die Einkommensteuer zugegangen. Derselbe umfaßt 86 Paragraphen, die in 10 Abschnitte gegliedert, die Steuerpflicht, die Steuerhöhe, die Veranlagung, Oberaufsicht, Steuererhebung, Heranziehung der Kommunal-Abgaben u. s. w. angeben. Nach den Motiven hat die Regierung bei dieser Reform

1) Dieser Anspruch bedarf allerdings noch insofern einer Einschränkung, als augenblicklich noch keine abschließenden Erfahrungen darüber vorliegen und auch noch nicht vorliegen können, ob die Teilung eine definitive ist. Rezidive sind selbstverständlich vorläufig noch nicht ausgeschlossen. Doch ist wohl anzunehmen, daß dieselben ebenso leicht und schnell zu beseitigen sein werden, wie der erste Anfall.

Andererseits wäre es aber auch möglich, daß nach Analogie mit anderen Infektionskrankheiten die einmal Geheilten dauernd immun werden. Auch dies muß bis auf Weiteres als eine offene Frage angesehen werden.

2) In Bezug auf Gehirn-, Gehirnhäuten- und Milchartuberkulose stand uns zu wenig Material zu Gebote, um darüber Erfahrungen sammeln zu können.

ihre Hauptaugenmerk darauf gerichtet, Klassensteuer und klassifizierte Einkommensteuer zu verschmelzen, den Steuercharakter zu verbessern, den minder bemittelten Bevölkerungsschichten Erleichterungen zu gewähren, das Veranlagungsverfahren unter Einführung der Selbstveranlagung zu vereinfachen und unparteiisch zu gestalten.

Die Steuerpflicht beginnt mit einem Einkommen von 900 M. Die Steuer beträgt bei einem Einkommen

| von mehr als: | bis einschließlich: | Markt |
|---------------|---------------------|-------|
| 900           | 1050                | 8     |
| 1050          | 1200                | 9     |
| 1200          | 1350                | 12    |
| 1350          | 1500                | 16    |
| 1500          | 1650                | 21    |
| 1650          | 1800                | 26    |
| 1800          | 2100                | 31    |
| 2100          | 2400                | 36    |
| 2400          | 2700                | 45    |
| 2700          | 3000                | 54    |
| 3000          | 3300                | 66    |
| 3300          | 3600                | 78    |
| 3600          | 3900                | 92    |
| 3900          | 4200                | 106   |
| 4200          | 4500                | 120   |
| 4500          | 5000                | 185   |
| 5000          | 5500                | 150   |
| 5500          | 6000                | 185   |
| 6000          | 6500                | 180   |
| 6500          | 7000                | 195   |
| 7000          | 7500                | 210   |
| 7500          | 8000                | 226   |
| 8000          | 8500                | 242   |
| 8500          | 9000                | 258   |
| 9000          | 9500                | 276   |

Bei Einkommen von mehr als 9500 bis einschließlich 15000 M. beträgt die Steuer 300 M. und steigt bei höherem Einkommen bis einschließlich 100 500 M. in Stufen von je 1000 M. um je 30 M., von da ab in Stufen von je 5000 M. um je 150 M.

Für jedes Familienglied unter 14 Jahren werden vom steuerpflichtigen Einkommen bei einem Betrage von nicht mehr als 3000 M. der Betrag von 50 M. abgezogen. Auch sonst können besondere, die Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigende wirtschaftliche Verhältnisse in der Weise berücksichtigt werden, daß bei Einkommen von nicht mehr als 3000 M. eine Herabsetzung um drei Stufen, bei einem Einkommen von nicht mehr als 6000 M. eine Ermäßigung von höchstens zwei Stufen gewährt wird.

Jeder bereits mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. veranlagte Steuerpflichtige ist zur Steuererklärung verpflichtet, in welcher das Einkommen, nach den verschiedenen Einkommensquellen getrennt, angegeben ist. Wer die Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, verliert die Rechtsmittel gegen seine Einkommensklärung für das betreffende Jahr. Der Veranlagung geht eine Voreinschätzung voraus durch besondere Kommissionen, bestehend aus dem Gemeindevorstande und Mitgliedern, die theils von der Regierung ernannt, theils von der Gemeindevertretung gewählt werden. Die Veranlagung erfolgt durch die Veranlagungs-Kommission unter dem Vorsitz des Landraths bzw. eines Regierungs-Kommissars und Mitglieder, die wiederum theils von der Regierung bestellt, theils von den Kreis- bzw. Stadtvertretungen gewählt werden. Gegen die definitive Veranlagung giebt es eine Berufung an die Veranlagungskommission und in letzter Instanz an einen in Berlin zu errichtenden Steuer-Gerichtshof, dessen Mitglieder theils Beamte des Finanzministeriums, theils solche des Ober-Verwaltungsgerichts und Kammergerichts sind.

Wissentliche Verschweigungen oder unwissentlich richtige Angaben in der Steuererklärung oder bei der Beantwortung der gestellten Fragen werden, wenn eine Verklärung des Staates stattgefunden, mit dem vier- bis sechsfachen Betrag der Verklärung, sonst mit dem vier- bis zehnfachen Betrag der Jahressteuer, um welche der Staat verklärt werden sollte, mindestens aber mit einer Geldstrafe von 100 M. bestraft.

Sind zu den Gemeinde-, Kirchen- und Schulksteuern Personen mit weniger als 900 M. herangezogen, so erfolgt ihre Veranlagung hierzu nach folgenden fingirten Normalsteuersätzen:

| von mehr als | bis einschließlich | Jahressteuer            |
|--------------|--------------------|-------------------------|
| — M.         | 420 M.             | 1/5 pCt. des Einkommens |
| 420          | 660                | 2,40 M.                 |
| 660          | 900                | 4,00                    |

Zum Schluß geben wir noch wieder, was in dem Entwurf über die vorgesehene Ausdehnung der Steuerpflicht auf Aktiengesellschaften u. gesagt wird; es heißt da: Der Entwurf schlägt die Ausdehnung der Einkommensteuerpflicht auf die wichtigsten und steuerfähigsten Gewerbebetriebe vor und geht hierbei im Wesentlichen von gleichen Gesichtspunkten aus, wie die Gesetzesvorlage vom Jahre 1888. Nur insofern haben die Vorschläge der letzteren eine Erweiterung erfahren, als den Aktiengesellschaften mit Bezug auf die Einkommensbesteuerung die Gewerkschaften und die eingetragenen Genossenschaften gleichgestellt werden sollen. Nicht getroffen werden von der Einkommensteuer diejenigen Genossenschaften, welche ihren Verkehr statutenmäßig und thatsächlich auf den Kreis der Mitglieder beschränken.

### Die „Volks-Ztg.“ schreibt:

Die „Berliner Zeitung“, das Organ der Familie Ullstein, bewährt heute ihren allgegenwärtigen Ruf, das schäblichste Organ der hiesigen Presse zu sein, durch folgende Notiz: „In dem Beleidigungsprozeß des Mitzeigens der „Berliner Zeitung“, Louis Ullstein, gegen den früheren Chefredakteur der „Volks-Zeitung“, Dr. Franz Mehring, stand gestern Termin vor dem Schöffengericht am Herrn Mehring sollte Gelegenheit gegeben werden, die beleidigenden Behauptungen, welche er in Bezug auf den Privatkläger verbreitet hatte, zu beweisen. Herr Mehring hatte es jedoch vorgezogen, zu Hause zu bleiben, und sich damit entschuldigt, daß er — der Eröffnung des preussischen Landtags bewohnen müsse. Das Entschuldigungsschreiben war dem Gericht erst gestern zugegangen, obwohl Herr Mehring, wie konstatiert wurde, bereits am 30. Oktober geladen war. Auf Antrag des klägerischen Vertreters, Rechtsanwalt Dr. Halle, wurde beschloffen, Herrn Mehring zum nächsten Termin zwangsweise vorzuführen zu lassen.“

„Die Post“, welche den betreffenden Gerichtsbeschluss gleichfalls — in anständiger und sachlicher Form — erwähnt hatte, ist so loyal, heute Abend auch folgende Klarstellung zu veröffentlichen:

Hochgeehrter Herr Redakteur! In Ihrer gestrigen Nummer berichten Sie über einen Beleidigungs-Prozeß, der von dem Verleger der „Volks-Ztg.“, Herrn Louis Ullstein, gegen mich angehängt und in welchem — wegen nicht genügend entschuldigter Ausbleibens — meine zwangsweise Vorführung vom Gerichtshofe beschloffen worden ist. Ohne die Richtigkeit dieses Beschlusses anzuzweifeln, ersuche ich Sie, denselben dahin ergänzen zu wollen, daß der betreffende Beschluss auf ausdrücklichen Antrag des klägerischen Anwalts, des Dr. Halle, gefaßt worden ist. Herr Halle hatte ich rechtzeitig in höchster Form von meinem an den Gerichtshof gerichteten Antrage um Verlegung des Termins in Kenntnis gesetzt, und da ich keine Antwort erhielt, seine Zustimmung um so mehr vorausgesetzt, als ich bei dem Vertreter eines freisinnigen Blattes ein Verständnis für publizistische Verpflichtungen annehmen zu dürfen glaube und als Herr Halle selbst durch von ihm eingeleitete Ausgleiche-Verhandlungen, auf welche ich mit aller Loyalität eingegangen war, den Antrag der Sache monatelang verzögert hatte. Wenn Herr Halle durch die Nichtbeantwortung meiner Benachrichtigung mich in den Glauben versetzte, er stimme einer Verlegung des Termins zu, und dann vor Gericht meine zwangsweise Vorführung beantragte, so werde ich sofort durch Vorlegung des wirklichen Sachverhalts eine Aufhebung des von dem Gerichts-

hofs ohne Kenntnis der oben erwähnten Umstände gefaßten Verfügungsbeschlusses zu erwirken suchen: bis dahin muß ich bei Urtheil über das Verhalten des Rechtsanwalts Halle und bei „Berliner Zeitung“, welche heute unter Verschweigung des wirklichen Sachverhalts über meine angebliche Freigabe triumphiert, jedem Unbefangenen überlassen. Indem ich Sie, Herr Redakteur, um gefälligen Abdruck dieser Zeilen ersuche, zeichne ich hochachtungsvoll ergebenst

F. Mehring.

Für unsere Leser bemerken wir noch, daß die ganze Kloppe folgenden Zusammenhang hat. Im August d. J. überließ die „Berliner Zeitung“ uns einen schönen Tages und ohne daß wir seit unbenutzter Zeit ihren Namen auch nur genannt hatten, mit einer Fülle hübscher Schimpfwörter und seiner Verleumdungen, indem sie uns als Expreßorgan verdächtigte u. Da sonst absolut kein Anlaß dieses fauleren Ergusses zu entdecken war, so konnten wir nur annehmen, daß sich in demselben der Zorn eines jungen Mannes Luft machte, der seine Zeit vorher als „Louis Ullstein“ von der „Berliner Zeitung“ auf unserer Redaktion einen unerbetenen Besuch abgestattet, aber auf eine „kollegiale“, leider sehr ungebührliche Weise einen höflich ablehnenden Bescheid erhalten hatte. Deshalb richteten wir an die Adresse dieses Jünglings die nothgedrungenen Abwehr jener verleumdenden Angriffe, die freilich auch nicht nach Alberts Komplimentenbuch abgefaßt, aber nichts als eine — freizeitsrechtlich erlaubte — Kritik der beleidigendsten Vorwürfe war. Der Witz des trotzdem angefragten Prozeßes besteht nur darin, daß sich aus dem „Kollegen“ Louis Ullstein plötzlich der „Kaufmann“ und „Mitzeigenshörer“ der „Berliner Zeitung“ entpuppt hat, der mit heiligem Ahsen jede moralische Verantwortlichkeit für die Redaktion der „Berliner Zeitung“ ablehnt und minneher klagt, weil er in beleidigender Weise für Dinge verantwortlich gemacht worden sei, an denen er kein Theil habe. Der „Kaufmann“ und „Eigentümer“ braucht ja auch nicht mehr zu wissen, was der „Kollege“ sicherlich aus seinem Besten gelernt hatte: „Der Witz, der in seiner Kneipstunde wissenschaftlich weiden läßt, ist nicht ein Haar besser, als der Wüder.“

So weit waren die Dinge gediehen, als der Dr. Halle im Namen seines Schwagers, des Herrn Louis Ullstein, in hiesiger Weise Ausgleichsverhandlungen einleitete, auf welche unser früherer verantwortlicher Redakteur eben so höflich eingeleitet, schließlich schiederten dieselben aber doch. Leider hatte dem Beklagten das bisherige Verhalten des Dr. Halle das Vertrauen ein-geflößt, daß derselbe, wenn er in eine kurze Verlegung des dem Beklagten aus mehrfachen Gründen unbedeuten liegenden Termins willigen wollte, wenigstens auf die entsprechende ihm rechtzeitig zugegangene Benachrichtigung mit einem kurzen Nein antworten würde. Dieses unzeitige Vertrauen hat dem Beklagten eine gerechte Strafe eingetragen; inzwischen tröstet ihn über sein Ungemach einigermassen das seltene Beispiel menschlichen Gedulds, mit welchem die Redaktion der „Berliner Zeitung“ die Heldenthaten des Herrn Louis Ullstein in einem Prozeß verherlicht, welcher nur dadurch möglich geworden ist, daß Herr Louis Ullstein die Redaktion der „Berl. Ztg.“ nach ihren Heldenthaten heftig verleugnet.

**Engländer schläft nicht.** Unter dieser Epithete schreibt man uns: An der Ecke der neu durchgezogenen Falkenstein- und Schleiffenstraße sind Arbeiter, von einem Maurerpotier beauftragt, beschäftigt, die Hinterhäuser dieses Gehäuses niederzuliegen. Der Potier, der selbst mit Hand anlegte, wurde von einer umstürzenden Wand begraben und nach wenigen Minuten, nachdem die feste Wand von den die Straße pflasternden Steinsehern und Arbeitern gehoben, todt hervorgezogen. Die herbeigerufene Frau, die sich in hochschwangerem Zustande befindet und auch noch ein todtet Kind zu Hause hat, brach an der Leiche ihres Mannes bewußtlos zusammen.

**Die Leiche eines unbekanntem Selbstmörders.** Der kürzlich an den Schießständen auf dem Spandauer See gefundene wurde, ist zu relogosiren. Der Lebenswilde war 40—45 Jahre alt, hatte graumeliertes Kopshaar, etwas kleine breite Nase, war bekleidet mit einem schwarzen Rockanfang, auf welchem die Firma: S. Hamburger, Rosenhalestraße 8 am Kragen verzeichnet war, ferner mit einem leinwandenen Hemd, in das die Anfangsbuchstaben T. T. gezeichnet waren.

**Polizei-Bericht.** Am 18. d. Mts. Morgens fiel eine Frau vor dem Hause Waterloo-Ufer Nr. 17, angeblich in Folge einer Ohnmacht in den Landwehr-Kanal; sie wurde noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Als Mittags der Kutscher Jarezewski mit einem beladenen Steinwagen auf das Grundstück Nr. 8 in der unbenannten Straße B, zwischen der Schilling- und Großen Frankfurterstraße fuhr, wurde er durch einen Stoß, den der Wagen beim Fahren über die Bordsteine erlitt, von demselben herabgeschleudert, so daß er unter die Räder gerieth. Er erlitt einen doppelten Bruch des Unterschenkels und eine Quetschung der Brust und mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. — Nachmittags ging in der Preußenstraße ein Pferd mit einem Geschäftswagen nach dem Landsbergerplatz zu durch. Der Produktenhändler Dittmann wollte dort das Pferd ausfallen, fiel ihm in die Fänge, wurde noch etwa 80 Schritte weit mitgeschleift und erlitt dabei mehrere Kopfverletzungen, so daß er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit fiel der Pauer Hellwig beim Abräumen eines Stangengeräthes auf dem Grundstück Lottumstr. 18A etwa 3 Meter tief herab und erlitt eine Quetschung der Hüfte. Er wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Abends wurde ein Mann vor dem Hause Invalidentstr. 43 von einem Wagen überfahren und an beiden Beinen anscheinend schwer verletzt, so daß seine Überführung nach der Charite erforderlich wurde. — Abends und in der Nacht zum 13. dieses Monats fanden zwei kleinere Brände statt.

## Theater.

**Im Thomas-Theater** wurde vorgestern ein Schwank von J. V. von Schweiker, „Epidemisch“ betitelt, der Vergessenen entrieffen. Es wurde wohl beinahe zwei Jahrzehnte vergangen sein, daß der Schwank vom ersten Male das Licht der Buhnen erblickte, das anspruchslose, harmlose Stück steht durchaus unter dem Zeichen der Gründerjahre. Das Stück ist veraltet, aber unter dem Haub der Jahre erkennt man immer noch einpaar markante Striche, die dem Stücke wohl auch die Lebensfähigkeit bewahrt haben.

Gespielt wurde im Allgemeinen recht flott, auch die Regie war gut.

## Soziale Ueberblick.

Aus Erfurt wird uns telegraphisch gemeldet, daß 1000 Schuhmacher ausgeperrt sind, 1000 Andere werden folgen. Durch den Fiskusverein der in Fuchsbühlvereinen und verw. Betrieben beschäftigten Arbeiter findet gegenwärtig eine statistische Erhebung statt. Wir möchten daraus hervorheben, daß, wenn eine zweckentsprechende Statistik zu Stande kommen soll, es der kräftigen Mitwirkung aller in diesen Verhältnissen beschäftigten Arbeiter bedarf. Jeder, der da wünscht, daß die wirtschaftlichen Zustände, als langer Lohn, lange Arbeitslosigkeitsgeraden öder von Werktagen u. s. w. u. s. w. an die Öffentlichkeit kommt, um den indifferenten Massen zu zeigen, wie wenig es ist, sich der Organisation anzuschließen, um mit vereinigen Kräfte eine Besserstellung erzielen zu können, hat die heilige Pflicht, an diesem Werk mitzuwirken. Fragebogen sind zu entnehmen in sämtlichen Zahlstellen der Zentralkassen-Kassen der Buchbinder u. s. w., sowie im Arbeitsnachweis und allen Ver-



## Achtung Perlmutter-Arbeiter!

Der Streik der Firma V. Hinz, Bitterstraße 112, dauert unverändert fort. Zugang ist ferngehalten.

### Die Streikenden.

NB. Zahlstellen befinden sich bei Strohmeyer, Mariannenplatz 13; bei Schmiedt, Bitterstraße 12, sowie in sämtlichen Zahlstellen der Drechsler Deutschlands.

## Grosse öffentliche Volks-Versammlung

für Männer und Frauen in der Neuen Welt (Hasenhaide)

Heute Abends 8 Uhr

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Paus: Was bedeutet Religion? 2. Diskussion. 3. Fragekasten. Männer und Frauen sind zu dieser Versammlung eingeladen. — Zur Deckung der Unkosten findet Teilerfassung statt.

Der Einberufer.

## Charlottenburg!

## Gr. öffentliche Volks-Versammlung für Männer und Frauen

am Montag, den 17. November, Abends 8 Uhr, in der „Gambrius-Bräuerei“, Wallstr. Nr. 46.

Tages-Ordnung: 1. Erklärung über Sozialist und Anarchist. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet

Der Einberufer.

## Zimmerleute!

## Versammlung der „Freien Vereinigung“

am Sonntag, den 16. d. Mts., Vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr, in Keller's Salon, Bergstraße Nr. 68.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Julius Lürd über Gegenprozesse. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Zimmerers ist es zu erscheinen.

NB. Aufnahme neuer Mitglieder. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

## Freie Vereinigung der Bau- u. gewerblichen Hilfsarbeiter für Schöneberg und Umgegend.

Sonntag, den 16. November 1890, Mittags 12 Uhr:

## Wander-Versammlung

im „Zurhaus“ zu Friedenau.

Tages-Ordnung: 1. Wahl eines 2. Vorsitzenden. 2. Ziele und Zwecke der Organisation. (Referent: Buchdrucker Wilh. Werner.) 3. Diskussion. 4. Vereins-Angelegenheiten. 5. Verschiedenes. 6. Lokalfrage. Mitglieder werden aufgenommen.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

## Große öffentl. Volksversammlung

d. Genossen d. Kreises Teltow-Bestow-Storkow-Charlottenburg

am Sonntag, den 16. Nov., Vorm. 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, in Bartha's Salon, Rixdorf, Bergstrasse No. 120.

Tages-Ordnung: 1. Organisation der Partei. Referent: Herr Heindorf. 2. Diskussion. 3. Wahl der Vertrauensleute. 4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen der Genossen bittet

## Zwei große öffentl. Versammlungen für Frauen und Männer

I. am Sonntag, den 16. November, Abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann, Oranienstrasse 180.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Freie Liebe.“ Ref.: Paus. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

H. Am Montag, den 17. November, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Nürnberg, Schönhauser Allee 28.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Eugen Richter und die Sozialdemokratie.“ Ref.: Dr. Sätgenau. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zur Beachtung! Die Versammlungen werden 1/2 Stunde nach der hier angegebenen Zeit eröffnet. — Zu recht zahlreichem Besuch laden ein

## Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter u. verw. Berufsgen.

Am Montag, den 17. November 1890, Abends 8 Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Verhandlungen auf dem Parteitag in Halle. Referent: Rob. Schmidt. 2. Vereinsangelegenheit.

## Gauverein Berliner Bildhauer.

Am Dienstag, den 18. Nov. 1890, Abends 1/2 9 Uhr, Außerordentliche General-Versammlung bei Kefner, Anckenstraße 16.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches (Antrag Dupon: 1000 Mark für Arbeitslohe aus der Lokalkasse zu bewilligen). 2. Berathung des Lokalstatuts. 3. Verschiedenes.

## Fachverein der Tischler für den Bezirk Rixdorf und Umgegend.

Sonntag, den 16. Nov., Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Troll, Knefbeckstraße Nr. 77:

## Große Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Bruns. 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind die Kollegen der Werkstatt von Otto Hesse, Juliusstr. 22, G. Scholz, Bergstr. 16, sowie die Kollegen der Aktiengesellschaft für Monierarbeiten vormals Weis u. Comp. hiermit höflich eingeladen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreichen Besuch bittet

## Fachverein d. Filzschuharbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 16. November, Vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: Große Versammlung im Lokale des Herrn Ziemer, Münzstr. 11.

Tagesordnung: 1. Vorlesung und Diskussion des Lohn-tarifs. 2. Antrag Schunke und Meyer. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen. (423) Der Vorstand.

## Fachverein d. Lithographie-Steinschleifer u. Berufsgen. (Luxuspapierpräger).

Dienstag, 18. d. Mts., Abends 9 Uhr, bei Robert, Weinstraße Nr. 11.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn M. Preuß über: „Die Entstehung des Parlamentarismus und seine Stellung zur Zeit.“ 2. Innere Vereinsangelegenheit. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. Der Vorstand.

## Achtung! Metallarbeiter!

Den Mitgliedern des Allg. Metallarbeiter-Vereins Berlins u. Umgegend zur Nachricht, daß vom Montag, den 17. November ab, die Bibliothek von Schmidt, Rixdorf, nach Adalbertstr. Nr. 16 part. bei Werschke verlegt wird. Die Bibliothek-Kommission. J. A.: H. Wegner, Oranienstr. 29.

## Grosse Volks-Versammlung

am Sonntag, den 16. November, Mittags 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, in Grafweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79.

Tages-Ordnung: Wie verhalten sich die Arbeiter Berlins zur Gründung eines „Allgemeinen Berliner Arbeiter-Bildungsvereins.“

Besonders Leselubs und Arbeiterbildungsvereine mögen diese Versammlung ihre Aufmerksamkeit schenken. Der Einberufer.

## Große öffentliche Versammlung der Weissgerber und Berufsgenossen

am Sonnabend, den 15. November 1889, Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, in Wilke's Lokal, Hochstraße 32a.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht über die Berliner Streit-Kontrollkommission und Wahl eines Delegierten. 4. Stellungnahme zum Gewerkschafts-Kongress. 5. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten findet eine Teilerfassung statt. Der Einberufer.

Soeben erschien:

## Die Neue Zeit.

Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Heft 7.

Die „Neue Zeit“ gelangt jeden Sonnabend früh zur Ausgabe.

Preis pro Heft 20 Pf.

Zu beziehen durch die Expedition, Beuthstraße Nr. 3. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

## Berliner Arbeiter-Bibliothek. 2. Serie.

Soeben erschien Heft 7:

## Preussische Volksschulzustände.

Ein Wort an das Volk und seine Lehrer. Von Hans Müller-Büchig.

48 Seiten. Preis 20 Pfennige.

Die Schrift bietet auf Grund reichhaltiger geschichtlicher und statistischer Mittheilungen eine vernichtende Schilderung der Verwahrlosung des Volksunterrichts und der Behandlung der Volksschullehrer in Preußen.

Zu beziehen durch die Expedition des „Berliner Volksblatt“, Beuthstr. 3.

## Die Drogenhandlung von H. Sievert,

Berlin O., Thaeerstrasse 62, nahe d. Frankfurter Allee,

empfiehlt außer sämtlichen Apothekenwaaren besonders den schönsten weißen Dorschleberthran, welcher seines milden Geschmacks und der vorzügl. Wirkung sehr beliebt ist! 1 Fl. 50 Pf. u. 1 M., pro Pfund 80 Pf.; eine besondere Kinderseife, welche sich auch vortreflich zum Waschen von Wunden eignet, da diese absolut keine reizenden Stoffe enthält, 1 Stück 25 Pf., 1 Pfund 75 Pf.; den ff. med. Tokeyer und die vorzügl. Roth- und Weissweine, und besonders ihre bereits zur allgemeinen Beliebtheit gelangten Spezialitäten:

Kräutermagenbitter, welcher infolge seiner Zusammensetzung aus den besten Kräutern u. Wurzeln ein wohltuendes, kräftiges Hausmittel ist! Originalflasche 2 M.

Metalglanzlack mit Farbe, in 1 Stunde hart trocknend, ist im Winter wie im Sommer streichbar! 1 Pfd. 80 Pf. Anerkennungs-schreiben liegen bereit!

Feste Preise.

Für Mark 38

## Winter-Paletots

in allen Farben, elegant sitzend, gut gearbeitet.

J. Baruch (vormals Adler & Baruch), 143. Oranienstraße 143, zwischen Moritzplatz und Brandenburgstraße.

Feste Preise.

## L. Hirschfeld.

Herren- u. Knab.-Garderobe 69. Kastanien Allee 69 (Ecke Schwedterstraße).

Nach verkaufte mit vorzüglichem geringem Nutzen u. bin infolge vortheilhafter Einkaufs v. Stoffen in d. Lage für wenig Geld nur Gutes z. liefern, z.B. Wint.-Foderzieh, hochleg. v. 11-50 M. Burschen-Paletots . . . von 8-24 M. Knaben-Paletots . . . 3,75-12 M. Eleg. Herren-Anzüge . . . 12-49 M. Knab.-Anzüge, jed. Art. . . 3,50-16 M. Stoff-Hosen . . . 5-18 M. Burschenhosen l. Stoff . . . 4-7 M. Bedeutend. Vorrath i. Engl. Lederhosen u. Jaquets sowie Drell-Anzüge. Anfertigung a. Maass innerhalb 24 Stunden. unt. Garantie vorzüglich. Sitzens.

## Martin Klein,

2225 Uhrmacher, 25 Neue Hochstr. 25 empfiehlt sein Lager aller Arten Wand- und Taschen-Uhren. Reparaturen zu soliden Preisen.

## Cigarren und Tabake.

B. Stabernack, Wrangelstr. 85.

## Die von mir

im Sommer auf mehreren Auktionen gekauft und im Verfall verfallenen hocheleganten Herren- u. Damen-Winter-Paletots, Knaben- u. Mädchen-Paletots, Herren- u. Knaben-Anzüge, Damen- u. Kinder-Kleider, Uhren, Ketten, Ringe, Ketten, Wäsche, Kessel, Stiefel, Koffer, Schirme, Harmonika's u. s. w.

verkaufe ich nur bis Weihnachten damit zu räumen, zu erstaunlich billigen Preisen.

## Lucke, Neanderstr. 9,

Ecke Schmidstr.

Bitte genau auf Hausnummer und Namen zu achten. 972

## Jede Uhr

unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) 1,50 Mk. Kleine Reparaturen entsprechend billiger.

## C. Wunsch, Naungr. 38,

u. d. Oranienplatz.

Gesangverein. Genossen und Genossinnen, welche geneigt sind, einem gemischten Chor beizutreten, finden Aufnahme Sonntag von 4-6 Uhr im Restaurant Auschold, Landsbergerstr. 31. 404

## Verein d. Filzschuharbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 16. November, Vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

## Große Versammlung

im Lokale des Herrn Ziemer, Münzstr. 11.

Tagesordnung: 1. Vorlesung und Diskussion des Lohn-tarifs. 2. Antrag Schunke und Meyer. 3. Verschiedenes und Fragekasten.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen. (423) Der Vorstand.

## Fachverein d. Lithographie-Steinschleifer u. Berufsgen. (Luxuspapierpräger).

Dienstag, 18. d. Mts., Abends 9 Uhr, bei Robert, Weinstraße Nr. 11.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn M. Preuß über: „Die Entstehung des Parlamentarismus und seine Stellung zur Zeit.“ 2. Innere Vereinsangelegenheit. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. Der Vorstand.

## Achtung! Metallarbeiter!

Den Mitgliedern des Allg. Metallarbeiter-Vereins Berlins u. Umgegend zur Nachricht, daß vom Montag, den 17. November ab, die Bibliothek von Schmidt, Rixdorf, nach Adalbertstr. Nr. 16 part. bei Werschke verlegt wird. Die Bibliothek-Kommission. J. A.: H. Wegner, Oranienstr. 29.

## Achtung!

Den Mitgliedern der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler (Verwaltungsstelle Berlin F) zur Nachricht, daß sich vom 15. November ab die Zahlstellen in folgenden Lokalen befinden:

1. Toborski, Wollinerstr. 9 i. Keller. 2. Emil Schmidt, Diederhofstr. und Treßdowstrassen-Ecke. 3. Merker, Bergstr. 10. 4. Brüdner, Lothrirgerstr. 67.

Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt Huppinerstr. 46 part. bei Nacht. Die Zahlstellen bei Hohn, Zionsstr. Platz 11, Erdmann, Diniens- u. Joachimstrassen-Ecke und Beland, Meberstr. 2. sind aufgehoben. 412 Die Ortsverwaltung.

## Fachverein der Seidenhauer.

Versammlung am Sonntag, den 16. November, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Meißner, Gartenstr. Nr. 102.

Der Vorstand.

## Achtung! Former.

Den Kollegen zur Nachricht, daß die beabsichtigte Versammlung des Fachvereins der Former, welche am Montag im Siden stattfinden sollte, ausfällt, da wir kein passendes Lokal gefunden haben, dafür findet die nächste Versammlung im Norden am 30. November statt.

Der Vorstand.

NB. Die Kollegen werden ersucht, die Listen von den Familien beider, verunglückter Kollegen so schnell wie irgend möglich an die beiden Kassier ober an Kollege Steinmez abzuliefern, ebenfalls sind dort Billets zu uniformen Stiftungsfest zu haben.

## Den Mitgliedern der Central-Krankenkasse d. Maurer, Stein-

hauer, Studienteure u. „Grundstein zur Einigkeit“, hiermit zur Kenntniss, daß von den Hilfskassen in folgenden Zahlstellen Beiträge entgegenommen werden:

Im Norden kassirt Röhling Montag von 8 bis 10 Uhr bei Parth, Gerichtsstraße 19. Restauration; Sonnabends von 8 bis 10 Uhr, Streißer u. Anklamerstrassen-Ecke, Restauration, früher Nürnberg.

Im Osten kassirt Moritz Sonntag, Vormittags von 8 bis 12 Uhr, beim Restaurateur Wöhl, Rüdersdorferstr. 8.

Im Süd-Osten kassirt Perkt Montag und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr und Sonntag, Vormittags von 9 bis 12 Uhr bei Restaurateur Allermann, Goldenerstraße 61, Ecke Mariannen-Platz.

Im Süd-Westen kassirt Böllner Sonnabends von 8 bis 10 Uhr beim Restaurateur Zehlin, Cornstr. 11 und Montag von 8 bis 10 Uhr beim Restaurateur B. Pauli, Boeckstr. 12, Restauration zum roten Meer.

Im Westen kassirt Gardemann Montag und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr beim Restaurateur Wöhl, Wilowstr. 22.

In Moabit kassirt Pfarrer Montag und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr beim Restaurateur Ziel, Birkenstr. 41. 451 Die Ortsverwaltung.

## Soziale Ueberblick.

**Anruf!** Kameraden und Freunde! Selten hat wohl ein Lohnkampf so vernichtend auf die Arbeiter gewirkt, wie hier unter uns in der Provinz Oesterburgs. Wir erhielten bei schwerer Arbeit einen Stundenlohn von 20 Pf., womit wir aber nicht im Stande waren, unsere Familie zu ernähren. Da nun in diesem Jahre in unserer Nähe (Goldbeck) 30 bis 36 Pf. pro Stunde gezahlt wurden, so wagten auch wir an unsere Meister mit einer Forderung von 30 Pf. Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit heranzutreten. Da wir auf gutlichem Wege uns mit ihnen zu einigen hofften, so thaten wir ihnen unsere Forderung schon am 15. Dezember 1889 kund und stellten als Termin für die Erfüllung der Forderung den 1. April 1890 fest. Zum 2. März luden wir unsere Meister zu einer Versammlung ein, aber anstatt der Meister kam ein Schreiben derselben, wonach sie den Stundenlohn für gute Arbeiter von 20 auf 22 Pf. erhöhen, auf die anderen Forderungen sich aber nicht einlassen wollten. Daraufhin wurde einstimmig beschlossen, die Arbeit am 1. April niederzulegen, welches auch geschah. Wir wurden auch im Anfang von unseren Kameraden des Verbandes gut unterstützt, aber nach dem 1. Mai, wo die Kampfe unserer deutschen Kameraden einen bedeutenden Umfang erreicht hatten, mußten auch bei uns die Unterstützungen sich verringern. Jetzt haben wir bereits vierzehn Wochen ohne jede Unterstützung den Kampf fortgesetzt, und die Noth tritt mit ihren vernichtenden Folgen immer mehr an uns heran. Unterstützt durch die Polizei, erwarten unsere Unternehmer mit Begierde den Zeitpunkt, wo wir, durch Hunger getrieben, uns vor ihnen demüthigen sollen. Auf der anderen Seite willt uns in weiter Ferne der Sieg, aber wie den Kampf durchzuführen? — Noch sehen wir zielbewußt dem Ausgange des Kampfes entgegen, denn wir haben bis jetzt nur einen, der den Schwur der Treue gebrochen und wieder beim Meister arbeitet. Jedoch auch dieser äußerte sich, daß er die Arbeit gerne wieder einstellen würde, wenn er seine Familie nur anders durchbringen könnte. Am 5. Oktober waren wir wieder versammelt. Trotz dem aber die Noth schon überall groß ist, so wurde doch beschlossen, den Kampf bis zum nächsten Frühjahr durchzuführen. Aber wir sind gezwungen, an Euch heranzutreten, Kameraden und Arbeiter, mit der Bitte: Unterstützt uns in diesem Kampfe, damit wir durch den Winter kommen. Denn ein Jurid kann es hier nicht mehr geben, sondern nur ein Vorwärts, wenn wir uns dem Unternehmertum nicht ganz überliefern wollen. Kameraden und Freunde! Bedenkt unsere gedrückte Lage, bedenkt, daß viele mit leichter Mühe Wenigen helfen können. Darum wenden wir uns an Euch mit der Bitte: Helft uns in diesem Kampfe, damit wir unser Menschenrecht wieder erobern. Alle Briefe und Sendungen bitte zu richten an den Vertrauensmann Karl Franke in Oesterburg, Reg.-Bez. Magdeburg, Wasserstraße Nr. 22b. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

## Versammlungen.

### Vergolder.

Die Lohn- und Agitations-Kommission der Vergolder, Vergolderinnen und Berufs-genossen hatte zum 11. d. Mts. eine öffentliche Versammlung der Gewerkschaften einberufen. Dieselbe fand unter Vorsitz des Herrn Mehring statt und erörterte als ersten Punkt die Tagesordnung den Streik der Barockrahmen-Vergolder. Zur besseren Information gelangte in erster Linie das Protokoll der Verhandlungen, welche die Lohnkommission mit der Kommission der Prinzipale gepflogen hat, zur Verlesung. Das Resultat der Verhandlungen war die gegenseitige Einigung auf folgende Bedingungen: neunstündige tägliche Arbeitszeit, zehn Prozent Akkordzuschlag, fünf Prozent Lohnzuschlag für Ueberstunden. Daraufhin haben 20 Firmen bewilligt. Seitwärts haben im ganzen 76 Kollegen. Davon waren verheiratet 26 mit 37 Kindern. Davon waren Verbandsmitglieder 66. Zu vergleichen waren 2 Streikbrecher und 26 Wortbrüchige, sowie 80 Indifferenten. Ein großer Theil der Prinzipale hat die vereinbarten Bedingungen nicht erfüllt (unter diesem auch Herr Köhlich). Ueber diese die Sperre zu verhängen, lag nicht im Interesse der humanen Meister, dieselben wünschten vielmehr nur, diesen nicht bewilligt habenden Meistern die Arbeitskräfte zu entziehen. Aus diesem Grunde werden die Meister, welche nicht bewilligt haben, bekannt gegeben werden. Die Prinzipale, welche bewilligt haben, haben zwar das Versprechen abgegeben, die gemachten Zugeständnisse auch nach Weihnachten unangetastet zu lassen. Da aber dieses Versprechen keine allzu sichere Brücke sei, so erwähnte Herr Schulle die Arbeitsgenossen, fest zusammen zu stehen, um den Prinzipalen von vornherein jedeswegs Gelüste nach Verlängerung der Arbeitszeit oder Verkürzung des Lohnes zu nehmen, und sich alle dem Verbände anzuschließen. 12 Kollegen streiken noch und wurde demzufolge der weitgehendste Umfang der Unterstützungsarbeiten, sowie die vorläufige Weiterzahlung der beschlossenen 30 Pf. pro Woche dringend empfohlen. Nach Schluß einer längeren Diskussion gelangten folgende zwei Resolutionen zur einstimmigen Annahme: 1. Die pp. Versammlung erklärt sich mit der bisherigen Thätigkeit der Lohnkommission zufrieden und erklärt sich mit der Vertretung der Lohnkommission einverstanden. 2. Die pp. Versammlung beauftragt die Lohnkommission, die Namen derjenigen Firmen, welche obige Vereinbarungen noch nicht bewilligt haben, öffentlich bekannt zu geben und erklärt es für Ehrenpflicht eines jeden Kollegen und Berufsgenossen, diese Werkstätten zu meiden. Nach Annahme dieser Resolutionen erörterte Herr Fries in längerem Vortrage die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz unter besonderer Berücksichtigung der Orts-Krankenkasse für das Vergoldergewerbe; er hob die wichtigsten Bestimmungen hervor und ermahnte die Mitglieder der Orts-Krankenkasse mehr ihre Pflichten als Kassensmitglieder zu erfüllen in der Beziehung, daß die Verwaltung der Kasse mehr in die Hände der ausgeklärten Arbeiter gelange. Die Ansichten über die Orts-Krankenkassen im allgemeinen waren sehr getheilt. Besonders Herr Gerold trat entschieden für freie Kassen ein und auch Herrin Gröber forderte die Arbeiterinnen entschieden auf, sich einer freien Kasse, deren hier am Orte mehrere bestehen, anzuschließen. Zur Annahme gelangte schließlich folgende Resolution mit 27 gegen 24 Stimmen: „Die 2e. Versammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und vertritt in allen vorkommenden Fällen für die Interessen der Orts-Krankenkassen-Mitglieder einzutreten.“ — Der dritte Punkt der Tagesordnung lautete: Stellungnahme zur Gewerkschaftskonferenz und die Versammlung wählte hierzu Herrn Liebergall zum Delegirten. Mit der Anführung der beschlossenen Diäten durch freiwillige Sammlungen wurden Herr Brandenburg, Herr Gröber und Herr Sprenger beauftragt. Der Delegirte hat gleichzeitig die Vergolderinnen auf der Konferenz zu vertreten.

Die Vereinigung deutscher Stellmacher hielt am Montag, den 10. d. M., ihre Mitgliederversammlung ab. Nachdem der Kassirer Böttcher die Abrechnung vorgelesen und dieselbe von den Revisoren für richtig erklärt war, ertheilte der Vorsitzende dem Kassirer Decharge. Kollege Geelhaar sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Berichte sowie die Anträge und Beschlüsse der letzten Versammlungen nicht richtig gefaßt wären und die auswärtigen Kollegen deshalb nicht wissen könnten, weshalb wir eigentlich die Zentralorganisation fallen lassen wollten. Er erklärte, daß mit der Zentralorganisation hier in Berlin nichts zu schaffen sei, weil wir in den Vereinsversammlungen nicht auf dem politischen Gebiete vorgehen können. Deshalb müßten wir, um den § 8 des Vereinsgesetzes nicht zu verletzen, einen Fachverein gründen, um die Kollegen darüber aufzuklären, was sie zu thun und zu lassen haben. Denn erst dadurch, daß wir politisch gebildet werden, wird der Indifferentismus beseitigt. — Kollege Schneele legte in kurzen Worten die Gründe klar, weshalb wir mit der Vereinigung nicht vorwärts gekommen seien. Viele ältere Kollegen hätten sich ihr sogar deshalb nicht anschließen wollen, weil das ganze Geld nach Hamburg geschickt wird. Es sprachen sich noch verschiedene Kollegen für die Auflösung der Vereinigung aus, und die Auflösung wurde schließlich einstimmig angenommen. Mehrere Kollegen kritisirten noch den Jungen-Arbeitsnachweis. Dann wurde bekannt gemacht, daß am Sonntag, den 18. November, Vormittags, die erste Versammlung des neuen Fachvereins, Münzstr. 11, bei Jemter, stattfindet. Mit einem Hoch auf die neue Organisation schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter fand am Sonntag unter dem Vorsitz des Herrn Kolboldt statt. Auf der Tagesordnung stand: Wie stellen sich die Kollegen zu dem in der Frey Krofchel'schen Werkstatt ausgebrochenen Streik? Es handelte sich hier darum, daß an Stelle der bisherigen wöchentlichen Arbeitszeit von 39 Stunden seitens der Arbeiter eine solche von 55 Stunden eingeführt werden sollte. In der über diesen Streik stattfindenden Diskussion beteiligten sich die Herren Weis, Wilhelm, Schmidt, Kurzweg, Niehl, Kumpf, Wieland, Sadof, Stein und Kolboldt. Es wurde von den am Streik beteiligten Kollegen, sowie auch von einigen anderen Meidern bedauert, daß sich Herr Kurzweg seinen Kollegen nicht angeschlossen und mitgestreift habe. Dieser weist den Vorwurf der Unsolidarität zurück; ihm sei nichts Feiles über die Absicht seiner Kollegen mitgeteilt worden; darum habe er in dieser Woche, so lange wie der Streik dauere, weiter gearbeitet. Herr Niehl ist der Meinung, daß die Streikenden selbst Schuld daran haben, wenn sich ihnen nicht alle der in der Werkstatt beschäftigten Arbeiter angeschlossen haben. In Zukunft müßten derartige Angelegenheiten besser geregelt werden. Jetzt sei es selbstverständlich, daß der Streik aufrecht erhalten und die Streikenden unterstützt werden. Es wurde beschlossen, die Werkstatt-Kontrollkommission zu beauftragen, sich in den nächsten Tagen mit Herrn Krofchel in Verbindung zu setzen, um eventuell eine Einigung herbeizuführen. Außerdem wurde die Kommission beauftragt, Listen behufs Sammlung von Unterstützungsgebern für die Streikenden anzugeben. Der Vorsitzende forderte die Kollegen, welche im Fachverein sind, dazu auf, ihre Beiträge möglichst zu bezahlen, damit der Vorstand des Vereins bei dem Anschluß desselben nicht so viel Arbeit habe. Herr Kurzweg erklärte auf eine Aufforderung aus der Mitte der Versammlung hin, daß er sein Möglichstes thun werde, um Herrn Krofchel zur Zurückziehung der schwarzen Listen zu bewegen. Unter Verschiedenem wurde das Verhalten der Bremer Kollegen gerügt, welche eine Fahnenweihe mit Umzug durch die Stadt veranstalteten.

Der Lehrkursus der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen tagte am 10. November. Herr Dr. Bernstein sprach über Wunden und Weichteile. Zunächst wurde in ausführlicher Weise erörtert, wie Quetschungen entstehen, wie sie verlaufen und behandelt werden. Die Wichtigkeit der modernen Wundbehandlung, der antiseptischen Heilmethode, wurde gebührend gewürdigt. Der leitende Arzt wandte sich an die einzelnen Hörer mit entsprechenden Fragen; durch Rede und Gegenrede wurde versucht, Klarheit in der wichtigen Frage der Wundbehandlung zu schaffen. Daran schloß sich eine Fragestellung über früher gehaltene Vorträge. Der leitende Arzt sprach seine Zufriedenheit mit dem Erreichten aus und ging dann zu den Verhandlungen über. In Vereinsangelegenheiten lief eine Anfrage ein: Ist es vorthelhafter, eine Agitation für unseren Verein durch das „Berliner Volksblatt“ oder durch Flugblätter zu veranstalten? Ein fester Beschluss wurde nicht gefaßt, sondern zwei Mitglieder gewählt, welche mit der Redaktion verhandeln sollen. Nächste Versammlung am 24. November (männliche Abtheilung), am 17. November (weibliche Abtheilung).

Eine öffentliche Versammlung der Gummiarbeiter fand am 12. November unter Vorsitz des Herrn Krüger statt. Herr Link gab in einem Referate einen Ueberblick über die Entwicklung in der Geschichte der Menschheit. Er wies in seinen Ausführungen die Haltlosigkeit des alten Sages: „Es ist schon immer so gewesen, es hat immer Reiche und Arme gegeben.“ nach. In den urwüchsigsten Gemeinwesen der Menschen habe es kein „arm und reich“ gegeben. Jedes ihrer Mitglieder habe für die Gruppe gearbeitet und den seinen Bedürfnissen entsprechenden Theil der Produkte erhalten. Redner beleuchtete nun in seinen weiteren Ausführungen die antike und feudale Gesellschaft, und kommt zum Schluß auf die heutige Gesellschaft zu sprechen. Sie habe sich, wie alle anderen Gesellschaftsformen, aus der ihr vorangegangenen entwickelt. Durch den Sieg des Bürgertums über den Feudalismus wurde sie einigigig konstitutirt. Die Früchte fielen nur den Besitzenden, dem sich immer mehr entwickelnden Kapital, in die Hände. Die Entwertung der Technik schuf ein großes Heer von Arbeitslosen. Das Kapital vereinigt sich in immer weniger Hände; die Produktion wird in einem immer großartigeren Maßstabe betrieben und ermöglicht bald eine vollständig gesellschaftliche Regelung ihrer selbst. Unsere Aufgabe ist es, den rechten Zeitpunkt abzuwarten, um dann die Regelung der Produktion zum Nutzen der Allgemeinheit zu übernehmen, so, daß jeder arbeitet, aber auch jeder seine Bedürfnisse ganz befriedigen kann. Aus diesem Grunde müssen wir uns organisieren und schon jetzt bessere Arbeitsbedingungen zu erringen suchen, damit wir fähig werden, uns die nötige Bildung anzueignen. Letzteres empfiehlt er, Redner, auch den Gummiarbeitern. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Zur Diskussion sprach Herr Krüger im Sinne des Referenten. Nach dem Schlußwort des Herrn Link wurden, nachdem Herr Krüger die Nothwendigkeit derselben klar gelegt, zwei Delegirte zur Berliner Streik-Kontrollkommission gewählt, und zwar die Herren Ende und Hartmann. Einem Wunsche aus der Versammlung, eine Gummiarbeiter-Versammlung im Norden der Stadt stattfinden zu lassen, wird Folge geleistet werden. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die Gummiarbeiter-Bewegung geschlossen.

Eine stark besuchte Versammlung des Fachvereins für Schlosser und Maschinenbauer Berlins und Umgegend fand am Montag, den 10. d. M. statt, in welcher Herr Dr. Lüttgenau über das eiserne Lohngesetz sprach. Im Verlauf seines Vortrages besprach der Referent auch die Rechenpielerei des Herrn Eugen Richter, das Einkommen eines Einzelnen im sozialistischen Staate herauszurechnen. Dieser große Mathematiker hat es bekanntlich dadurch herausbekommen, daß er die Gesamtsumme des versteuerten Einkommens durch die Gesamtzahl der Bevölkerung dividirte, das machte pro Kopf eine Summe von 842 M. aus, wobei Herr Richter, (der es bei anderen Gelegenheiten ganz genau weiß), das nicht versteuerte Einkommen des Staates, und der früheren reichsunmittelbaren Fürsten und die Enthaltungen der Bochumer Steuerkasse u. s. w. wahrscheinlich vergessen hat. Der Referent schloß seinen Vortrag mit den Worten: die Unwissenheit der Massen ist unser Feind, die Unwissenheit der Gegner dagegen unser Bundesgenosse. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine beinahe zweistündigen Ausführungen. Eine Diskussion fand nicht statt. — Die Abrechnung vom Sommerfest konnte nicht erledigt werden, da das Vergnügungs-Komitee noch nicht alle Bilets zurück erhalten hatte. Es wurde diese Nachlässigkeit von einigen Rednern scharf kritisiert und die Kollegen aufgefordert, ihrer Pflicht nachzukommen. Zur Aufnahme meldeten sich 12 Kollegen. Beschwerde wurde geführt über die ungenügende Versorgung der „Metallarbeiter-Zeitung“. Ein Antrag, sie obligatorisch einzuführen, wurde angelehnt und beschloß, diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten beschließenden Versammlung zu stellen. In die Arbeitsnachweis-Kommission für den Süden wurde Kollege Hülser als Erfahmann gewählt. Zu Verschiedenem machte der Vertrauensmann der Schlosser und Maschinenbauer Berlins, Kollege Behold, auf die jetzt zur Ausgabe gelangenden Karten und Marken für den Streik- und Agitationsfond aufmerksam und empfiehlt rege Benutzung derselben; ferner machte er auf die am Montag, den 17. d. Mts., bei Joel, Andreasstraße stattfindende Versammlung aufmerksam, in welcher der Vertrauensmann der Schlosser Deutschlands, Kollege Weber aus Nürnberg referieren wird. Pflicht sämtlicher Kollegen Berlins sei es, dort auf dem Platze zu sein. Nachdem noch auf das am 3. Weihnachts-Feiertage stattfindende Vergnügen hingewiesen wurde, zu welchem Bilets à 30 Pf. bei den Vorstandsmitgliedern sowie beim Vergnügungs-Komitee zu haben sind, schloß die Versammlung.

Der Verband deutscher Mechaniker hielt am Mittwoch eine Mitglieder-Versammlung ab. In derselben sprach Kollege Schönmann über „Das Koalitionsrecht“. Wie Redner besonders hervorhob, haben die Arbeiter in Deutschland seit 1863 laut Reichs-Gewerbeordnung wohl das Recht sich zu vereinigen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, aber dieses Recht wird dem Arbeiter mit Hilfe der verschiedenen Vereinsgesetze jedes einzelnen Ländchens, wiederum in dem Maße geschmälert, daß von einem wirklichen Koalitionsrecht nicht die Rede sein kann. Es wäre dankbar anzuerkennen, wenn die sozialdemokratische Fraktion in dieser Hinsicht Wandel schaffen könnte. Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Referenten zu und nahm folgende Resolution einstimmig an. Die heutige Versammlung erkennt die dem Koalitionsrecht entgegenstehenden Vereinsgesetze der verschiedenen Länder als schädigend an für eine freie Organisation der Arbeiter. Die Versammlung erkennt das Koalitionsrecht in der heutigen Form als nicht ausreichend an und sieht eine entschiedene Besserung in dem von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten Entwurf. Die Versammlung beschließt mit allen gesetzlichen Mitteln für Durchführung dieser Forderungen einzutreten. Im Weiteren wurde der Antrag angenommen, die Regelung des Arbeitsnachweises auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Außerdem wurde der Vorstand beauftragt, vermittelt geeigneter Agitationsmittel für regeren Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen.

Die Mitglieder der Kranken- und Begräbniskasse der Provoiture u. s. w. nahmen in einer außerordentlichen, leider schwach besuchten Generalversammlung den Kassenbericht des Kassanten entgegen. Am 31. Oktober belief sich das Kassenvermögen auf 13 355 M. 92 Pf., der beste Beweis für das Gedeihen der Kasse, die für einen Wochenbeitrag von 45 Pf. eine Krankenunterstützung von wöchentlich 12 M. während 26 Wochen und in den folgenden 26 Wochen von 6 M. gewährt. Aus der Mitte der Versammlung wurde an den Vorstand die Frage gerichtet, weshalb der Vorstand zur Abhaltung des Stiftungsfestes die Philharmonie und nicht ein anderes Lokal gemiethet habe. Vom zweiten Vorsitzenden wurde die Frage wie folgt beantwortet: Die vom Vorstande gewählte Kommission habe, nachdem sie sich elf Tage hintereinander vergebens bemüht habe, ein passendes Lokal zu finden, mit dem Mitgliede der Lokalkommission, Herrn Werner, in Betreff der Philharmonie Rücksprache genommen, wobei derselbe erklärte, daß die Philharmonie, da schon mehrere Gewerkschaften um Aufhebung des Verbots gebeten haben, durch eine Volksversammlung freigegeben werden würde. (1) Hieraus habe die Kommission das Lokal zur Feier des Stiftungsfestes gemiethet, und da Herr Werner gleichzeitig den Druck der Bilets und Plakate übernahm, auch angenommen, hierin nicht unrecht zu handeln. (2)

Der Verein der Wäsche-Führer hielt am Sonntag, den 8. November, eine Mitglieder-Versammlung ab. Herr J. Türk sprach über Frauenvereine. In der Diskussion sprachen die Herren Grashold und Koopmann; sie wiesen auf die Wichtigkeit der Frauenfrage gerade in unserer Branche hin. Im Anschluß hieran wurde der Wunsch laut, im Dezember eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in welcher dasselbe Thema noch einmal behandelt und die Frauen dazu eingeladen werden sollen. Nachher soll ein gemütliches Beisammensein, wie es in anderen Gewerkschaften üblich ist, arrangiert werden. Dieser Wunsch wurde zum Antrag erhoben und einstimmig angenommen. Dem Kollegen Koopmann wurden 50 M. aus dem Fonds der Arbeitslosen resp. Gemahregelten einstimmig bewilligt. Kollege Koopmann besprach hierauf die Beschlüsse der Berliner Streik-Kontrollkommission und ersuchte, auf die ausgegebenen Listen der Barockvergolder, sowie der Perlmutter-Druckerei zu zeichnen, sowie den Beschlüssen der Kommission, betreffs des Boykotts zweier Schlächtermeister beizutreten. Ferner kam die Angelegenheit des Herrn Möhring zur Sprache. Herr Möhring erklärte, daß die im Umlauf befindlichen Gerichte, daß er sich einer Unterschlagung an der Vereinskasse schuldig gemacht habe, für eine Unwahrheit; er habe nur in allerdings höchst nachlässiger Weise die Geschäfte der Kasse in letzter Zeit geführt, glaube jedoch, das Vertrauen der Kollegen nicht durch ein Manko von 81 M. verloren zu haben; da er ja dem Vorstand nach einigen Tagen mitgeteilt habe, daß er noch im Besitz von 24 M. sei, jedoch nicht wisse, ob diese Summe dem Verein gehöre oder nicht. Er müsse sich wundern, daß die Staatsanwaltschaft so vorzeitig mit dieser Angelegenheit befaßt worden ist. — Es erscheint ihm als Pflicht des Vorstandes, daß man ihm umgehend das Manko hätte mittheilen müssen, damit nicht ohne Grund Kollegen verdächtigt werden, um so gebrandmarkt unter der Arbeiterschaft herumzulaufen. Darauf sprach Herr Grashold und widerlegte alle von Herrn Möhring an-

